

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das  
 übrige Ausland 5 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montage.

# Vorwärts

**Berliner Volksblatt.**

**Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**

**Die Insertions-Gebühren:**  
 Beträgt für die sechsgepaltene Kolonne  
 je oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie  
 Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die  
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Anzeigensprecher: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 7. Februar 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

## An die Arbeiter Deutschlands!

Arbeiter Deutschlands! Ein Unerhörtes ist geschehen. Wie Euch bekannt geworden sein wird, hat Freitag, den 3. Februar, der Dresdener Schwurgerichtshof neun Arbeiter zu insgesamt **dreißig Jahren Zuchthaus, acht Jahren Gefängnis und siebenzig Jahren Ehrverlust** verurtheilt.

Dieses furchtbar harte Urtheil wurde damit begründet, daß drei der Verurtheilten sich angeblich des versuchten Mordanschlags schuldig gemacht, sämtliche Verurtheilte an schwerem Landfriedensbruch sich betheiligten hätten.

Bürgerliche Geschworene sprachen dieses Urtheil über Angehörige der Arbeiterklasse unter Verweigerung mildernder Umstände, und bürgerliche Richter gewannen es über sich, die schuldig Gesprochenen theilweise mit den schwersten Strafen zu belegen, die das Gesetz kennt.

Aber damit nicht genug. Der Gerichtshof hat auch, nach unserer Meinung unter falscher und unzulässiger Anwendung der bezüglichen Bestimmungen der Strafprozeßordnung über den Ausschluß der Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen, die Verhandlung hinter verschlossenen Thüren geführt und damit der Oeffentlichkeit die Möglichkeit entzogen, den Gang der Verhandlungen zu verfolgen.

Arbeiter Deutschlands! Was haben die Verurtheilten gethan, das ein solch' entsetzliches Urtheil rechtfertigen könnte? Hört und urtheilt selbst!

Die Verurtheilten feierten am 6. Juli vorigen Jahres auf einem Neubau der Unternehmer Hampel und Grahl in Löbtau das Nichtfest. Die Unternehmer waren mit einer Bierpötte freigebig gewesen, und die Folge war, daß die betheiligten Arbeiter in eine sehr angeregte Stimmung geriethen. Gegen 8 Uhr Abends hörte der Rest der auf dem Bau noch anwesenden Arbeiter, daß auf dem nahe gelegenen Bau des Unternehmers Klemm noch gearbeitet werde, obgleich gemäß der erst nach schweren Kämpfen errungenen zehnständigen Arbeitszeit der Dresdener Bauarbeiter, bereits um sechs Uhr hätte Feierabend eintreten müssen.

Das war die Veranlassung, daß die Verurtheilten sich nach dem Klemm'schen Bau begaben und die dort arbeitenden Kollegen aufforderten, mit der Arbeit aufzuhören. Es kam darüber zwischen den beiden Parteien zu einem lebhaften Wortwechsel, der dadurch verschärft wurde, daß der hinzugekommene Bauunternehmer Klemm die fremden Arbeiter mit Schimpfwörtern wie „Spitzbuben“ und „Einbrecher“ belegte, und daß, als hierauf die Erbitterung der so Behandelten sich ebenfalls in heftigen Worten Luft machte, Klemm nach der Baubude lief, einen Revolver holte und mit ihm zwei Schüsse abgab. Obgleich diese Schüsse blind waren, glaubten bei dem herrschenden Lärm, der durch viele Neugierige verstärkt wurde, die Verurtheilten, daß scharf geschossen und einer ihrer Kameraden, der am Halse blutete, durch einen Schuß verwundet worden sei. Sie fielen darauf über den Bauunternehmer Klemm her, den sie mit Holzstücken und einer Flasche niederschlugen und mit Füßen traten, wobei die Worte fielen: „Schlagt den Hund todt“. Durch zwei Poliere wurde Klemm diesen Mißhandlungen entrisen und vom Platze geführt. Nach einigen Wochen ärztlicher Behandlung war derselbe wieder hergestellt.

Arbeiter Deutschlands! Dies ist in aller Kürze wahrheitsgemäß der Vorgang, den wir nicht rechtfertigen wollen, sondern entschieden verurtheilen. Es war unter den gegebenen Verhältnissen selbstverständlich, daß die Arbeiter für ihre Ausschreitungen bestraft werden mußten. Aber wir richten nicht nur an Euch, sondern an Alle, die noch einen Funken objektiver Urtheilskraft besitzen, die Frage: ob die furchtbar harten Strafen, die der Dresdener Schwurgerichtshof über die Schuldigen verhängte, im Verhältniß stehen zu den verübten Gewaltthätigkeiten!

Bergebens wird man in modernen Zeiten die Annalen deutscher Rechtsprechung durchblättern, um ein ähnliches Urtheil auffindig zu machen.

Das Blut erstarrt, liest man dieses Urtheil, das für einen Theil der Verurtheilten ein Todesurtheil bedeutet und geeignet ist, zu einer Drachensaat des Hasses in Millionen Herzen zu werden.

Arbeiter Deutschlands! Das Urtheil des Dresdener Schwurgerichtshofs durch Einlegung der Revision zur Aufhebung zu bringen, dürfte kaum gelingen. Die Verurtheilten werden in Kürze hinter den Zuchthaus- und Gefängnismauern verschwinden und auf lange, vielleicht einige von ihnen auf immer, für die Welt verloren sein. Ihr Loos zu erleichtern, steht nicht in unserer Macht. Aber sieben der Verurtheilten sind Familienväter, und dafür zu sorgen, daß nicht auch ihre Familien, die schon so entsetzlich schwer durch die Verurtheilung des Gatten und Vaters getroffen wurden, noch materiell leiden, das ist unsere Aufgabe, unsere Menschenpflicht.

Möge die deutsche Arbeiterklasse diesen Verarmten die Ernährer ersetzen! Legen wir Alle unser Scherlein zusammen, damit, während die unglücklich Verurtheilten in den Zuchthäusern und Gefängnissen des Klassenstaats schmachten, deren Angehörigen materielle Noth und Sorge fern bleibt. Zeigen wir, daß die Männer, die von blinder Leidenschaft zu Gewaltthätigkeiten sich hinreißen ließen, und dafür neben den härtesten Strafen, die man ihnen zuerkannte, auch für ehelos erklärt wurden, unser Mitgefühl nicht verloren haben, — daß wir menschlich über Menschliches denken.

Arbeiter Deutschlands! Die Unterzeichneten fordern Euch auf, Eure Beiträge für die Familien der Opfer des Dresdener Schwurgerichtshofs an den Kassirer der sozialdemokratischen Partei: Albin Gerisch, Berlin SW., Kagbachstraße 9, oder an die Expedition der Zeitungen zu senden, die diesem Aufruf ihre Spalten öffnen und sich zur Entgegennahme von Beiträgen bereit erklären.

Arbeiter, zeigt durch Euer Handeln, wie Ihr über das Dresdener Urtheil denkt!

Berlin, den 6. Februar 1899.

## Die Sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags.

In deren Auftrag: **Auer. Debel. Liebknecht. Meister. Pfannkuch. Singer.**

### Kriegsrecht.

Es giebt Justizurtheile, die nicht minder gefährlich für den Bestand der Gesellschaft sind, als die Verfehlungen, zu deren vorgeblicher Sühne sie gefällt werden. Die Justiz hat schwerlich die verbrecherischen Reigungen und Handlungen bisher wesentlich vermindert. Die Abschreckungstheorie hat niemals eine That der Leidenschaft oder der Verzweiflung verhindert. Im Gegentheil, die Rechtsprechung hat die Erscheinungen vermehrt, von denen die Menschheit mit Trauer und Unwillen sich abwendet, vermehrt um ihre eigenen Handlungen im Namen des Rechts.

Wir stehen nicht an, das Urtheil des Dresdener Schwurgerichts, in dessen schwere Verantwortung sich Laien und gelehrte Richter theilen können, ohne daß die Last für sie erleichtert wird, zu jenen Verfehlungen der Justiz zu rechnen, die nicht die angemessene Sühne einer strafbaren Handlung sind, sondern die selbst nicht eher vor dem Urtheil der öffentlichen Meinung bestehen können, bis sie gesühnt sind.

53 Jahre Zuchthaus, 8 Jahre Gefängnis, 70 Jahre Ehrverlust sind von dem sächsischen Schwurgericht für eine Ausschreitung verhängt worden, die im Anlaß eine Bagatelle war, die überdies herausgefordert worden ist, und die nur unter den Einwirkungen des Alkohols einen ernsteren Charakter annahm. Die Umstände, nicht der schlimme Wille haben im Wesentlichen den Erzeß gestaltet, den Erzeß der Gerichte.

Wegen schwerer Körperverletzung — dieses Delikt liegt bei unzulässiger Annahme in dem Löbtau'er Fall für alle außerhalb des Reichs stehenden vor — wurden nach der letzten Kriminalstatistik 85 082 Personen verurtheilt. Diese Koh-

lenntergergehen sind aber keineswegs eine Eigenthümlichkeit der Industriebevölkerung. Ganz im Gegentheil: die Körperverletzungen nehmen zu, je mehr wir uns den Zentren des Junkerthums nähern, sie steigen mit der Zahl der konserватiven, königstreuen Wahlstimmen, und wo man am autoritätgläubigsten ist, wo man am betrügerischsten die Steuern einschätzt, wo das Defizit der Invaliditäts-Versicherungsklassen am größten ist, wo noch Frömmigkeit herrscht und patriarchalische Zucht, da wuchern üppig die Morddelikte: in Ostelbien bei den Junkern. In Ostpreußen kommen auf 10 000 strasnüchtige Personen 28,1, in Westpreußen 35,5, dagegen im Königreich Sachsen nur 8,6 wegen schwerer Körperverletzung Verurtheilte. Man sieht also, wo die zunehmende Verrohung heimathberechtigt ist. Gerade das Adnigreich Sachsen mit seiner Industriebevölkerung, wo die sozialdemokratische „Verseuchung“ am weitesten vorgeschritten ist, steht in Hinsicht der Gewaltthätigkeit am allergünstigsten im ganzen Deutschen Reich. Es war also nicht einmal vom Standpunkt der Abschreckungstheorie nöthig, gerade in Sachsen ein Exempel zu statuiren.

Und nun vergegenwärtigt man sich, mit welchem Strafrecht derartige Delikte sonst geahndet werden. Man stelle sich vor: ein Arbeiter geräth in Streit mit einem Hausen ange-trunkener Studenten. Der Arbeiter, der sich bedroht fühlt, giebt einen Schreckschuß ab. Die Studenten gerathen in Wuth, sie werfen sich auf den Arbeiter und mißhandeln ihn schwer, vielleicht tödlich. Würde irgend ein deutsches Gericht — in anbetraucht der zunehmenden Rohheit der Studenten und der höheren sittlichen Verpflichtungen der sogenannten Gebildeten — 53 Jahre Zuchthaus, 8 Jahre Gefängnis, 70 Jahre Ehrverlust verhängen? Vielleicht gäbe es ein paar Monate, vielleicht auch Freisprechung, da „das Gericht an-

nimmt, daß die Angeklagten in ihrer Trunkenheit das Bewußtsein gehabt haben, in der Nothwehr gehandelt zu haben, zumal das Schießen aufgeregten Personen gegenüber als eine sehr unüberlegte Handlung aufgefaßt werden muß“.

Dieser Fall ist angenommen, aber er kann sich heute oder morgen ereignen. In unserer Erinnerung ist eine Schöffengerichts-Verhandlung, in der ein Studiosus juris unter Anklage stand, weil er Nachts zwei ältere Damen, die auf dem Heimweg aus einer Gesellschaft befindlich waren, überfallen und zu Boden geworfen hatte. Der Amtsanwalt hielt zwar in anbetraucht der Rohheit der Handlung eine Gefängnisstrafe am Platze, beantragte aber eine Geldstrafe, um dem vor dem Staatsexamen stehenden jungen Mann nicht die Karriere zu verderben. Das Gericht erkannte demgemäß und der Glückliche mag heute als Staatsanwalt oder Landrichter terroristische Arbeiter ins Zuchthaus schicken. . . .

Das Urtheil des Dresdener Schwurgerichts muß nun so stärker erregen, als es im geheimen Gerichtsverfahren gefällt wurde. Das wirkt provokatorisch wie ein Schuß aus dem Hinterhalt. Weder war die öffentliche Ordnung noch die Sittlichkeit irgendwie gefährdet, und die Unöfentlichkeit des Verfahrens bedeutet in diesem Falle geradezu eine Aufhebung einer der werthvollsten Rechtsgarantien, um deren Erkämpfung einst die Revolution kämpfte.

Trotz des drakonischen Urtheils wird die in ihrer Existenz bedrohte Arbeiterklasse nur mit gesetzlichen Mitteln Gegenwehr leisten, das Zeichen einer bewundernswürdigen Selbstzucht, ein glänzender Beweis für die erzieherische Schule der Sozialdemokratie; denn nichts mag so leicht Geistesstimmungen selbst bei dem Besonnensten zu erregen als verletztes Rechtsbewußtsein, zumal wenn die freie Aussprache mit fast un-erträglichen Schranken eingeengt ist. Aber im Vertrauen auf

den Sieg der guten Sache und des guten Rechtes wird der Kampf gegen das Unrecht ruhig und gefesselt geführt. Die Arbeiterschaft erklärt sich solidarisch mit den Zuchthäusern — das ist die Volksjustiz.

Kein Zweifel! Der innere Feind ist den herrschenden Massen kein bloßes Schlagwort mehr, sie machen Ernst mit dem Begriff. Sie handeln, als ob der Bürgerkrieg entfesselt wäre, das Kriegsgewalt ist proklamirt, und der Lalar des bürgerlichen Richters verhält die Uniform des Militärs. Der innere Feind wird von inneren Kriegsgerichten abgeurtheilt — das erklärt Alles.

Die bürgerliche Presse — schweig zu dem Urtheil. Sie plarrt ruhig weiter: „Drehfus, Drehfus über alles! Das Vaterländische hat kein Interesse für sie. Freilich, keine Staatsgewalt kümmert sich darum, wenn sie auf Frankreich die schmutzigsten Verleumdungen und kraßesten Beschimpfungen hergeholt häufen. Ist die bürgerliche Presse ein Spiegel des Bürgerthums, so kann es wahrlich nicht mehr tiefer sinken! Selbst die demokratische „Volk-Zeitung“ findet nur die Höhe des Urtheils „befremdend“ und begnügt sich, die Arbeiter vor dem Alkohol nachträglich zu warnen. Nur „Die Welt am Montag“ findet schärfere Worte, sie nennt das Urtheil entsehllich und fügt hinzu:

„Warum aber nur für alle die Verfassung der milderen Umstände durch die Beschworenen, von denen natürlich keiner dem Arbeiterstande angehört? Warum die beispiellose Strafe des Gerichtshofes, der trotz der Fälle entlastender Thatsachen auf das Höchstmaß der zulässigen Strafe oder beinahe darauf erkannt? Ein Schrei des Entsetzens wird durch die gesammte deutsche Arbeiterschaft und durch alle die Kreise gehen, die das Mitgefühl mit den Leiden dieser Arbeiterschaft noch nicht verloren haben. Als Richter wird man diese dem fast sicheren Tode geweihten Männer — wer überlebt denn 9 oder 10 Jahre Zuchthaus? — allenhalben feiern. Und Vergleiche wird man anstellen!“

Schleicht die bürgerliche Presse mit feigem oder befriedigtem Schweigen an dem Entgehen vorüber, so ist die Arbeiterschaft bis ins Tiefste aufgewühlt. Wir begnügen uns heute damit eine Lebensvolle, erschütternde Stimmungszeichnung der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ wieder zu geben:

„Mit gewaltigem Schritt ist das Gespenst der Zuchthausstrafe unter Dresden's Arbeiterschaft getreten und hat mit einem Schlag eine Anzahl blühender Menschenleben vernichtet. In das Gespenst des kommenden Zuchthausgesetzes war es, das im Justizgebäude umging. Am 1/4 Uhr hatte sich — die Beschworenen hatten jedoch ihren Schuldigspruch abgegeben und alle milderen Umstände verneint — der Gerichtshof zur Verathung zurückgezogen. Wie ein Alp lag auf allen Gemüthern, dumpfe Spannung malte sich auf allen Gesichtern, auf denen der Anwalt nicht minder als auf denen der Freunde, Genossen und Verwandten der Angeklagten. Ueberall erging man sich in Vermuthungen über das, was den Angeklagten bevorstand: „O, es kam schlimm, sehr schlimm werden! Es ist nicht unmöglich, daß einer der Annen auf drei bis vier Jahre ins Zuchthaus gesteckt wird...“ Hören wir einen sachverständigen Mann sagen. Allgemein hielt man ihn für zu pessimistisch. Viertelstunde auf Viertelstunde verrieth. Endlich geht eine Bewegung durch alle Räume des Gebäudes — ein Glockenzeichen hat gemeldet, daß der Gerichtshof seine Verathungen beendet hat. Schnell sind die Wände des Zuhörerraumes besetzt — jetzt, da die That gethan ist, kann ja ohne Gefahr für die Sicherheit des Rechtsstaates die Öffentlichkeit wiederhergestellt werden. Von der anderen Seite erscheinen die Beschworenen. Nach geleisteter Arbeit — o, sie hatten ja gute Arbeit geleistet, ganze Arbeit — hatten sie sich in ein gegenüberliegendes Restaurant zurückgezogen. Und drüben, ihnen — Richtern gegenüber, sitzen die Angeklagten. So sehen keine schweren Verbrecher aus! So sehen Leute aus, die wohl eine Dummheit, eine Uebereilung, einen leichtsinnigen Streich machen; aber Schurken sind das nicht. Seit dem Wahrspruch der Beschworenen ist aus ihrem Gesicht alle Farbe gewichen.

Im Zuhörerraum überwiegt das Element der Arbeiter, aber auch zweifelhafte Gestalten sieht man — oder vielmehr sehr ungewisse Gestalten. „Vorläst! Reimt Euch vor Spiegel in acht!“ — Wie ein Mannen geht's durch den Zuhörerraum. Jetzt nimmt in der vorderen Reihe der Zeugnische Herr Weder, der bekannte Landgerichtsdirektor, Platz. — voll Interesse scheint er sich zu überlegen: „Ob's wohl der Kollege Frommhold ebenso gut macht, wie ich's gemacht hätte.“

Und jetzt erscheint der Gerichtshof. Jedermann erhebt sich. „Im Namen des Königs!“ beginnt der Landgerichts-Direktor Frommhold seine Urtheilsverlesung. Alles hält den Athem an — und nun beginnt's:

„Es wurden erkannt gegen den Bauarbeiter Ernst Zwahr auf zehn Jahre Zuchthaus, gegen den Banarbeiter Friedrich Schmieder auf neun Jahre Zuchthaus...“ Herr Frommhold liest's, als handle es sich um das gleichgültigste Altkleid der Welt. Ein Juden geht durch den ganzen Saal. Selbst über die grün-grauen Gesichter der Beschworenenwörter, die an Derartigen doch gewohnt sind, geht ein Juden, sie werfen mitleidige Blicke auf die Angeklagten in ihrer Mitte. Und diese selbst? Mit weitgeöffneten Augen hängen sie an des Vorlesenden Lippen, der einen nach dem anderen von ihnen das Urtheil spricht — für manchen ist's ein Todesurtheil. Wie anders wirkt der Präsidenspruch auf die Beschworenen dort drüben! Auf diesen Gesichtern ist kein Schatten von Erregung zu entdecken — gleichmüthig nehmen sie das Urtheil hin.

Und monoton liest Herr Frommhold weiter. Schrecklich häuft sich die Zahl der Jahre, die mit einem kurzen Worte aus dem Leben dieser Arbeiter gestrichelt werden. Jetzt ist das Urtheil zu Ende, die „Vergeltung“ folgt. Ein paar trodene, nichtssagende Sätze. „Die Sitzung ist geschlossen!“ Rechtsanwalt Heine erhebt sich und bittet für einen seiner Klienten um die Erlaubnis, eine kurze Erklärung abzugeben. „Wenn der Mann noch was zu sagen hat — mag er's in der Rechtschreiberei anbringen. Die Sitzung ist geschlossen!“ — Und Frommhold's Stimme von neuem. Der Saal leert sich. Draußen werden die Opfer des Prozeßes vorbeigeführt. Ja, diese in das junge bacillose Gesicht des zu zehn Jahren Zuchthaus verurtheilten Arbeiters Ernst Zwahr. Ein Bild trifft mich da, so unsagbar fassungs- und trostlos, daß ich wegleben muß. Sein Vertheidiger richtet ein paar Worte an den dreißigjährigen Mann. Er zuckt nur die Achseln und schüttelt langsam mit dem Kopfe, als wollte er sagen: „Nun ist alles, alles aus — nun bin ich todt für diese Welt...“ Lebendig begraben. Jetzt verschwindet der Zug der Zuchthäuser — die „Verbrecher“ werden von einer großen Anzahl Gefangenemwörter geleitet — im düsteren Korridor. Einen Blick noch wirft der Letzte in der Reihe zurück... Adieu!

Und jetzt gehen die Beschworenen vorbei. Leicht plaudernd. Gleichmüthige Gesichter. Und ich möchte sie fragen: „Wißt Ihr denn auch, was Ihr eben gethan habt? Wißt Ihr auch, habt Ihr Euch auch überlegt, wie dies Urtheil wirken wird, wirken muß? Kommt es Euch gar nicht um Bewußtsein, wieweil eine gewaltige Erbitterung und Empörung dies Urtheil in den Herzen von Millionen und Abermillionen von Arbeitern erzeugen muß?“

Lachend und plaudernd verlassen die Herren das Justizgebäude.

Auf der Tafel der Gefallenen des Zuchthaus-Turks sind folgende Namen eingegraben:

- Bauarbeiter Ernst Zwahr, 10 Jahre Zuchthaus,
- Bauarbeiter Friedr. Schmieder, 9 Jahre Zuchthaus,
- Zimmerer Karl Moritz, 8 Jahre Zuchthaus,
- Zimmerer Johann Gedlich, 7 Jahre Zuchthaus,
- Zimmerer Karl Bobst, 7 Jahre Zuchthaus,

Zimmerer Friedrich Leiber, 6 Jahre Zuchthaus,  
Zimmerer Karl Pfeiffer, 6 Jahre Zuchthaus,  
Zimmerer Ernst Böhler, 4 Jahre Gefängniß,  
Zimmerer Moritz Bock, 4 Jahre Gefängniß.

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ hat für die Angehörigen der Verurtheilten eine Geldsammlung eröffnet. Dem Aufruf der Reichstags-Fraktion folgend, wird sich auch die Arbeiterschaft des ganzen Reiches an der Sammlung betheiligen.

## Politische Uebersicht.

Verlin, den 4. Februar.  
Caprivi †.

Auf seinem Gute Styrn bei Croßen ist am Montag Vormittag Graf Caprivi aus dem Leben geschieden. Er kränkelte bereits seit einiger Zeit und ein Herzschlag führte den Tod herbei.

Der zweite Kanzler des Reiches folgte dem ersten, der ihn bitter gehäht, schnell im Tode nach.

Graf Caprivi war keine von den „großen Persönlichkeiten“, die eigenherrlich in die Gesichtsentwickelung eingriffen. Von solcher Art konnte der erste Diener des Kaiser nicht sein, der „sein eigener Kanzler“ sein wollte. Doch war er nicht ohne Eigenart und bedeutende Gaben. Und angenehm hob er sich ab von seinem Vorgänger, dem eisernen Kanzler, dessen Größe Brutalität war, dessen Wirken zur Verrohung und Barbarei führte.

Herr v. Caprivi de Capriva war 1831 geboren. Er machte die militärische Karriere als Infanterieoffizier. 1883 wurde ihm die Leitung der Admiralität übertragen. Am 20. März 1890 wurde er zum Reichskanzler ernannt und blieb in diesem Amte bis zum 26. Oktober 1894.

Als Caprivi Kanzler des Reiches wurde, war er in den nicht-militärischen Dingen ein neuer Mann und es muß ihm die Anerkennung zugebilligt werden, daß er sich in kurzer Zeit mit großem Fleiß in eine Fülle von gesetzgeberischen Materien einlebte, die ihm zuvor völlig fremd gewesen waren.

Caprivi ist gleich seinem Vorgänger über die Sozialdemokratie zu Sturze gekommen. Aber aus ganz anderen Gründen als jener.

Caprivi war ein Diener der in Deutschland herrschenden Massen, ein Verächter der Junker- und Kapitalisteninteressen, ein eifriger Gegner des Militarismus, ein Feind der Arbeiterklasse, deren Bestrebungen ihm fremd. Aber er wollte seinen Dienst nicht so plump vollführen, wie viele und vielleicht die mächtigsten bei uns es wünschten. Er lebte in der Illusion, der Staat sei ein Staat für Alle, der Staat dürfe niemanden einseitig bevorzugen und niemanden einseitig benachtheiligen. Darum konnte er die Unsturzbelämpfung nicht nach dem Herzen derer um Stamm betreiben. Nicht als ob nicht auch er den Agrariern in Hülfe und Hülfe gesendet hätte, aber er setzte gegen ihr Loben „im Staatsinteresse“ die Handelsverträge mit Oesterreich und Rußland durch. Nicht als ob er nicht auch die Sozialdemokratie auf's Schärfste bekämpfte wollte, ließ er sich doch in der ersten Zeit seiner Kanzlerschaft die Zustimmung zu jenem berüchtigten „Umsatzgesetz“ abpressen, aber er war Gegner von rohen Ausnahmegeetzen, wie sie Bismarck geschaffen, wie sie die Eulenburg's wünschten und wie sie die konservative Reaktion auch heute wieder fordert.

So war die Kanzlerschaft Caprivi's angefüllt mit Kämpfen gegen das übermüthige, überfroche Agrarierthum, das den „Mann ohne Ar und Halm“ mit bissigem Haß verfolgte. Es war eine sonderbare politische Situation, als der Liberalismus dem durchaus konservativen Kanzler anjubelte und gegen die Feile seiner eigentlichen Parteifreunde schützte. Und diese Streitigkeiten, die sich allemal in höfischen Intriguen entluden, erreichte ihre größte Schärfe, als es sich im Herbst 1894 wieder einmal um die Bekämpfung der Sozialdemokratie handelte. Graf Eulenburg, der preussische Ministerpräsident, vertrat ein neues Ausnahmegesetz, die Abschaffung des Reichstags-Wahlrechts, den Staatsstreik. Dafür war Caprivi nicht zu haben und es schien noch wenige Tage vor seinem Abgang aus dem Amte, als ob der Kaiser seiner Meinung war.

Aber unerwartet schnell brachte ein Artikel der „Köln. Ztg.“ den Kanzler zu Fall.

Dieser Artikel schälberte in aufrichtigster Art, wie der Kaiser ganz zu Caprivi halte. Der Artikel sollte den Anseheln erwecken, als gehe er von dem Grafen Caprivi selbst aus. In Wirklichkeit war er eine Intrigue gegen den Kanzler. Aber die Ausschreibe über diese Dinge veranlaßte den Kaiser, den Grafen Kanzler und zugleich seinen Widerpart, den preussischen Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg zu entlassen.

Seitdem lebte Graf Caprivi zurückgezogen auf seinem einsamen Gute. Stolz im Sinne verschmähte er es, die giftigen Angriffe, mit denen ihn die agrarische Kamarkla noch weiter verfolgte, zu erwidern. Er, der die Utopie gehegt hatte, den Staat der Ungerechtigkeit und Unterdrückung gerecht regieren zu können, er verschmähte es, nach seinem Sturze der neuen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Seine Sache war es nicht, Rateten aufzulösen zu lassen und in Memoiren noch aus dem Grabe heraus Nachgegelüste zu befriedigen.

## Der Reichstag

beendigte auch heute noch nicht die zweite Verathung des Post- und Telegraphen-Gesetzes. Müller (Sagan), der wieder mancherlei Fälle von Drangsalirung der unteren Postbeamten und von Wahlbeeinflussung durch höhere Postbeamte zur Sprache brachte, veranlaßte einen kleinen Kompetenzkonflikt. Herr v. Bobbielski bestritt nämlich dem Reichstage das Recht, ihm Vorschriften zu machen — er sei nur dem Reichskanzler verantwortlich. Diese kavalleristische Leistung blieb jedoch ohne ernsthafte Folgen, da Herr v. Bobbielski seinen Huzarenritt mit einem diskreten Rückzug beschloß. Die an die verschiedenen Etatsposten sich anknüpfende Debatte, in welcher besonders Müller (Sagan) und Singer das Wort ergriffen, brachte mancherlei wichtige Angelegenheiten zur Sprache: Morgen Fortsetzung; und falls der Post- und Telegraphen-Gesetz dem Etat der Reichsdruckerei früh genug erledigt wird, was jedoch nicht wahrscheinlich, erste Lesung des Baugesetzes.

## Abgeordnetenhans.

Das Abgeordnetenhans überwiegt heute nach unwesentlicher Debatte den Gesetzentwurf betr. die Ergänzung der Gesetze über die Vertheilung der öffentlichen Lasten bei Grundstücks-übertragungen und die Gründung neuer Ansiedlungen an eine Kommission von 14 Mitgliedern und erledigte sodann durch Reminiscenz die Nachweise über die Verwendung des Dispositions-fonds von 2 500 000 M. im Extraordinarium der Eisenbahnverwaltung sowie des außerordentlichen Dispositionsfonds in Höhe von 20 Millionen aus dem Jahresüberschuß für 1896/97.

Hierauf wurde die zweite Staatsberatung fortgesetzt. Die Etats der indirekten Steuern, des Staatsarchivs und des Kriegsministeriums riefen keine nennenswerthe Erörterung hervor. Beim Etat der direkten Steuern wurde, wie alljährlich, über die zu hohe Zahl von Beauftragungen der Deklarationen Lage geführt. Besamlich geäußert sich nach der auch von uns besprochenen antilichen Uebersicht das ostelbische Junkerparadies durch eine besonders hohe Zahl von Beauftragungen aus — ein Beweis, wie wenig gewisse Kreise der Bevölkerung geneigt sind, ihre Pflicht der Allgemeinheit gegenüber zu erfüllen. Herr v. Riquel räumte in der heutigen Sitzung ein, daß keineswegs die mittleren und kleineren, sondern gerade die großen Einkommen Anlaß zu Beauftragungen geben. Also die steuerkräftigsten Staatsbürger begnügen sich nicht damit, die Lasten möglichst auf die große Masse abzuwälzen, sondern sie suchen außerdem noch den Staat um das, was ihm rechtmäßig zusteht, zu betriegen. Bezeichnenderweise betheiligten sich die Herren von der Rechten nicht an der Debatte über diese heikle Frage. — Nebenbei wurde von den Agrariern der verschiedensten Parteien wieder dem Wunsch Ausdruck gegeben, die Schuldenlastquote von dem Einkommen abzuziehen zu dürfen, wenigstens soweit sie zur Deduktion von Schulden bei ländlichen Kreditanstalten dient. Vorläufig widerlegt sich der Finanzminister diesem Vorschlage noch, aber, wie es scheint, mehr aus formellen, als aus sachlichen Gründen.

Morgen: Initiativanträge. In erster Stelle der Antrag betr. Aenderung des Kommunalabgabengesetzes.

## Deutsches Reich.

Die neue Iox Seize, die nunmehr dem Reichstag zugegangen ist, schließt sich im Allgemeinen den von der Reichstags-Kommission im vorigen Jahre beschlossenen Bestimmungen an. Die Mindeststrafe für gewohnheitsmäßige Kuppelung wird auf 1 Monat festgesetzt; in schweren Fällen (hinterlistige Kunstgriffe, Verhältniß von Chemann zu Chemann etc.) Zuchthaus bis zu 6 Jahren. § 181a trifft das Fuhälterthum. § 181b gestattet das Vermietten an Prostituirte, wenn nicht Ausbeutung vorliegt. § 184 und § 184a wendet sich gegen unzüchtige Schriften; die Fassung ist etwas milder als die der Kommission. § 184b verbietet Mittheilungen aus nicht öffentlichen Gerichtsverhandlungen.

Die Vorlage enthält einige geringe Verbesserungen gegenüber der früheren Regierungsvorlage und der Kommissionsbeschlässe. Aber andererseits hat sie den Saub der Arbeiterinnen gegen unzüchtige Angriffe der Unternehmer und ihrer Vertreter beseitigt und hat die unannehmbaren Kautschul-Bestimmungen gegen die Presse fast in vollem Umfange beibehalten.

Jubel Arbeiterkühn hat in seiner letzten Direktorialsitzung wieder der Jende-Bund der deutschen Industriellen entdeckt. Die „Post“ berichtet darüber:

Auf Antrag des Vereins deutscher Fabriken feuersteife Produkte habe der Zentralverband in einer Eingabe an den Herrn Reichskanzler die Bitte gerichtet, die Bestimmung aufzuheben, die den Chamottefabriken unterlagt, Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter zum Streichen von Chamotteziegeln zu verwenden. Diese Angelegenheit hatte das Direktorium bereits in seiner letzten Sitzung beschäftigt, wobei der Beschluß gefaßt worden war, alle Beschwerden der Mitglieder über Bestimmungen bezüglich des Schutzes der Arbeiter, die nach Erfahrung und praktischem Ermessen, wie in dem vorliegenden Falle, über das thatsächliche Bedürfnis hinausgehen, bei den maßgebenden Stellen energisch zu unterstützen. Das Direktorium war dabei von der Ansicht geleitet worden, daß der Jende-Bund bereits in verschiedenen Fällen über das Bedürfnis ausgehende sogenannte Schutz der Arbeiter diese selbst in vielen Beziehungen schädige und deren Lage verschlechtere, ganz abgesehen von dem dem Gewerbe dadurch bereiteten Nachtheilen. Deswegen erachtet sich das Direktorium für verpflichtet, derartige Fälle immer wieder den maßgebenden Stellen zu unterbreiten, um dadurch doch vielleicht allmählich einer mehr von praktischen Gesichtspunkten ausgehenden Vertheilung der hier in Rede stehenden Verhältnisse Eingang zu verschaffen.

Der Saub der Arbeiter schädigt die — Arbeiter. Aus zarter Fürsorge für die Arbeiter wollen die Jende-Leute den zu weit gehenden Arbeiterkühn einschränken. Bewahre nicht etwa im eigenen Interesse. Der Zentralverband zieht keinen Großen, keine Ausbeuter zu seinen Mitgliedern. Warum haben die Herren nicht lieber gleich erzählt, daß sie den Arbeiterkühn zu beschneiden wünschen, obwohl sie durch solche Einschränkung geschädigt würden? Wir hätten uns dann mit der Gegenforderung begnügt: den weit über das Bedürfnis ausgehenden Unternehmerrkühn zu beschränken, weil dieser Saub die Arbeitgeber selbst in vielen Beziehungen schädigt und deren Lage verschlechtert, ganz abgesehen von dem dem Volke dadurch bereiteten Nachtheilen.

Von der agrarischen Agitation. Die konservativ-agrarische Presse berichtet, daß der Graf Kanitz im Reichstage folgende Interpellation zu stellen beabsichtige:

Die Unterzeichneten erlauben sich, an den Herrn Reichskanzler folgende Anfrage zu richten: „Ist der Herr Reichskanzler bereit, über den Stand der Verhandlungen zur Regelung der handelspolitischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika Auskunft zu geben?“

Die Herren Agrarier werden mit dieser Frage im gegenwärtigen Augenblick der Regierung keinen Gefallen thun, vielleicht auch sehr unangenehm sein. Denn gerade jetzt schweben zwischen den beiden betheiligten Staaten die Verhandlungen, über die die Herren Agrarier Auskunft verlangen — Auskunft natürlich zu dem Zweck, um eine große Agitation für die Sonderbegünstigung der Großgrundbesitzer zu entfalten, wenn ihnen die Regierung hierin nicht genügend zu versprechen scheint. Sperrung der Grenzen, Kornzölle und Getreidemonopole gehören bekanntlich zu den großen agrarischen Mitteln, und gerade für die „großen Mittel“ wird gegenwärtig wieder Propaganda gemacht. Die Korrespondenz des Bundes der Landwirthe“ entschuldigt es sozusagen, daß während der landwirtschaftlichen Verhandlungen im Abgeordnetenhaus der „großen Mittel“ der Agrarier mit keinem Worte gedacht worden ist. Und da hieraus verschiedene Blätter geschlossen hatten, der Bund habe die Unzuverlässigkeit und Unausführbarkeit dieser Mittel erkannt und demgemäß darauf verzichtet, sie noch weiter zu fordern, schreibt die bündlerische Korrespondenz:

Der Bund der Landwirthe hält nach wie vor die programmatische von ihm festgelegten „großen Mittel“ zu einer dauernden wirksamen Sanirung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse so lange für unbedingt erforderlich, bis ihm andere, besser gangbare Wege gezeigt werden, auf welchen dasselbe Ziel zu erreichen ist. Da diese „großen Mittel“ aber nicht vor das Forum des Abgeordnetenhauses, sondern vor das des Reichstages gehören, so sind sie in der Debatte nicht angegriffen worden, weil ein positives Resultat davon doch nicht zu erwarten war.

Die obige Interpellation soll vermuthlich eine neue Agitation für die großen Mittel einleiten. Es wäre jedoch nur ein Scheitern. Denn niemand — seitdem sich die Landwirtschaft jetzt längst wieder besserer Verhältnisse erfreut — glaubt noch an das großgrundbesitzerliche Reichthumsgeheimnis.

Für die Schalter-Dienststunden der Postanstalten an Sonntagen und allgemeinen Feiertagen gelten vom 1. März ab die folgenden Bestimmungen: Bis 9 Uhr Morgens sind die Dienststunden die gleichen, wie an den Werktagen; von 9 Uhr ab werden sie beschränkt auf eine Stunde, höchstens zwei Stunden innerhalb der Zeit vom Schluß des Haupt-Gottesdienstes bis 2 Uhr Nachmittags. Die näheren Anordnungen hierüber trifft für jede Postanstalt die vorgesehene Ober-Postdirektion nach dem örtlichen Bedürfnisse. Die Ober-Postdirektionen sind befugt, für Postanstalten an Orten, wo ein dringendes Bedürfnis dazu vorhanden ist, ausnahmsweise anzuordnen, daß der Dienst, statt in

der Mittagszeit, zwischen 5 und 8 Uhr Nachmittags mindestens während einer Stunde und längstens während zweier Stunden abgehalten werde. In besonderen Fällen können die Ober-Postdirektionen die Beschränkung der Dienststunden an Sonntagen und allgemeinen Feiertagen zeitweise ganz oder zum Teil aufheben. Die Vorschriften der Telegraphenordnung werden von der Verrückung nicht berührt.

**Der Entwurf eines Hypothekendarlehen-Gesetzes** und der Gesetzentwurf betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schulverschreibungen, sind dem Reichstag zugegangen.

**Befähigungsnachweis der Bauhandwerker.** Nach der bayerisch-offiziellen „Ausbildung“ hat die bayerische Regierung im Bundesrathe den Antrag eingebracht, der Novelle zur Gewerbe-Ordnung eine Bestimmung einzufügen, die den Befähigungsnachweis der Bauhandwerker fordert.

**Wannhafte Krieger sitzen im Vorstand des Verbandes deutscher Kriegsveteranen.** Dieser Verband hat bekanntlich für Unterstützung alter Kriegsveteranen agitiert und ist dafür vom preussischen Kriegsminister scharf bekämpft worden. Der Vorstand des Veteranenbundes richtet nun eine Eingabe an den Kaiser, in der es heißt:

„Wir versammeln uns friedlich zu patriotischem Thun, wir ehren Gott und unsern Kaiser, wir beugen uns gehorsam den Geboten der Obrigkeit und pflegen die Liebe zu Kaiser und Vaterland, denen wir dereinst gedient hatten, mit der ganzen Hingebung, deren ein königstreuer Mann fähig ist. Dem Kaiser und König gilt unser erster Loos bei unsern Festen, dem von Gott über uns gesetzten Herrn gilt unser Gruß, ihm bringen unsere Väter, in denen wir unser patriotisches Glaubensbekenntnis darthut. . . Wir haben überhaupt nie gefordert, sondern immer nur in Demuth gebeten und zwar nur um Unterstützung unserer wirklich hilfbedürftigen Veteranen. Wir haben wir Behörden oder uns vorgelegte Beamte angegriffen. . . Wir haben wir Ungerechtigkeiten in unsere Kreise getragen. Im Gegentheil, wir haben stets zu Geduld und zur christlichen Ergebung gemahnt, wir haben geholfen, wo wir konnten, wir haben die Darbenden getröstet und ihren königstreuen Sinn zu erhalten gewußt. . . Wir sehen Eure Majestät an, die alten Soldaten, die für ihren Kaiser und ihr Vaterland bluteten und litten, nicht verlassen zu wollen, sondern Allergnädigst vor dem Gesichts zu bewahren, daß wir mit den Sozialdemokraten, den Feinden des Vaterlandes auf eine Stufe gestellt und dadurch unbedientermaßen beschimpft und erniedrigt werden. In dem unverlöblichen Gefühl steter Treue und der tiefsten Ergebenheit, vertrauen auf die allergnädigste Huld und die Gerechtigkeit unseres Kaiserl. und Königl. Herrn und Gebieters, verharren wir Allerhöchstdiner Gnade als Eurer Kaiserl. und Königl. Majestät Allerunterthänigster Vorstand des Verbandes deutscher Kriegsveteranen.“

**Uniformirte Gewerbe-Inspektoren.** Durch Kabinettsordre ist genehmigt worden, daß die Gewerbe-Inspektoren, denen der Charakter als Bau- oder Gewerbeberäthe verliehen wird, die Uniform und Abzeichen der Regierungs- und Bauämter anlegen.

Wir zweifeln nicht, daß die Gewerbe-Inspektoren in der neuen Uniform, zu der hoffentlich auch ein Degen gehört, sehr schnell ausfinden werden. In diesem Kostüm — sofern sie es auf den Inspektionsreisen anlegen — würden die Arbeiterhulden-Ordnungen der Herren in den Augen widerspänstiger Unternehmer sicher einen weit bedeutenderen Eindruck gewinnen. —

**Wichtig!** Aus Düsseldorf wird folgende auffallende Nachricht gemeldet: Divisionskommandeur Prinz Heinrich von Reuß hat plötzlich seinen Abschied eingereicht und einen dreimonatigen Urlaub angetreten.

**Dem Ausweisungskriegsplan in Nordhildeswig** liegen wieder neue Nachrichten über Ausweisungen vor. In Hadersleben wurden der Kommissar Frederiksen, der 2 1/2 Jahre im Gefängnis des Kornhändlers Wechs tätig, und ein Fräulein Seest, das seit 7 1/2 Jahren als Haushälterin bei ihm diente, ausgewiesen. Ihre Bitte, bei anderen Herrschaften dienen zu dürfen, wurde abgelehnt, sie mußten binnen 24 Stunden das deutsche Gebiet verlassen. Der Grund der Ausweisung wird darin gesucht, daß der Sohn des Kornhändlers, der Geschäftsführer Wechs, an der letzten Sitzung des Kommunalvereins theilnahm. Ferner sind ausgewiesen ein Lehrling bei dem Kaufmann Ris Jensen in Branderup und ein Knecht bei dem Hofbesitzer Lantrup in Vollerup, sowie ein Reispflügergeselle in Jägerup.

**Darmstadt, 8. Februar.** (Fig. Ver.) Abgeblüht ist das Militärkommando in Darmstadt bei der Strafkammer des Landgerichts daselbst in folgendem Fall:

Das Kommando hatte es kurz vor der Reichstagswahl für gut befunden, die hier bereits vorhandene Zahl der „verbotenen Wirtschaften“ um ein beträchtliches zu vermehren. Nicht nur in Darmstadt, sondern auch in einer Anzahl der benachbarten Orte wurden diejenigen Wirthe damit glückselig gemacht, bei denen ab und zu eine sozialdemokratische Versammlung stattfand. Dies konnte aber den Sieg unserer Partei nicht verhindern und darob ankommend neuer Groll bei dem Militärkommando. Der Herr Kommandeur kam auf den genialen Gedanken, es müßten auch diese Verbote kontrolliert werden, und so wurde eine Zeit lang den betroffenen Wirthen, unter denen sich auch die Genossen Cramer und Wurm befanden, jeden Abend eine Militärpatrouille überant. Die beiden genannten Genossen hatten aber Muth genug, um sich dieser lästigen Maßregel zu erwehren, sie ließen die Patrouille einfach nicht einmarschieren, oder wo sie in das Lokal gekommen, wurde ihnen die Thüre gewiesen. Die Patrouillenfürer hatten sich nun einigemal Schimpfe zu Hülfe genommen, aber auch das half nicht, dem Schimpfmann wurde der Einlaß gewährt, die Patrouille aber mußte vor der Thüre bleiben. Nun hatte sich Wurm eines Abends das Verbrechen zu Schulden kommen lassen, den Patrouillenfürer, der seiner Abweisung nicht Folge leisten wollte, am Arm zu fassen und vor die Thüre zu führen! Dies gab dem Kommando die gewünschte Gelegenheit, bei der Staatsanwaltschaft Antrag wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ zu stellen und fand hierüber letzter Tage Verhandlung vor der Strafkammer statt.

Das Urtheil lautete aber auf Freisprechung und Ueberweisung der Kosten, inklusive der Vertheilungskosten, auf die Staatskasse.

Staatsanwalt und Vertheidiger wetteiferten in ihren Klägersätzen für die Freisprechung. Staatsanwalt Hoffmann machte darauf aufmerksam, daß zwar das Reichsgericht in ähnlichen Fällen wiederholt zu der Entscheidung gekommen sei, daß, wenn auch der Befehl des Kommandos ungesetzlich sei, die Patrouille aber in Ausübung ihres Dienstes sich befände und die Zurückweisung thätlicher Widerstand sei und bestraft werden müsse. Demgegenüber ständen aber die Deduktionen einer Reihe Strafrechtslehrer und ganz besonders der Artikel 13 der heftigen Militärkonvention von 1872, ebenso Paragraphen 4 und 5 der Verordnung hierzu, wonach das Militär nur bei Gefahr im Verzuge selbstständig, im Uebrigen nur auf Anrufen der Polizei eingreifen dürfe. Rechtsanwalt Schöller verwies besonders auf die Konsequenzen, zu denen das Vorgehen des Kommandos führen könne. Das Kommando könne eines Tages auf den Gedanken kommen, die in der Kaiserzeit fehlenden Soldaten befänden sich bei den Dienstmännern der verschiedenen Herrschaften und flugs würden Patrouillen in die Wohnungen der Bürger gefandt und diese müßten sich dann den militärischen Anordnungen, mit Kadavergehorsam unterwerfen.

Offentlich wird das Darmstädter Militärkommando zukünftig Zivilpersonen mit dertartigen unberechtigten Maßnahmen verschonen.

**Aus Hessen, 6. Febr.** (Fig. Ver.) Zur Förderung der Arbeitsnachweise, insbesondere zum Ausbau einer organischen Verbindung derselben miteinander, ist vom Abg. Köhler (Darmstadt) beantragt worden, die frühere im Budget dafür vorgesehene

Summe von 2000 M. auf 6000 M. zu erhöhen. Die Regierung lehnte das ab, da seither nicht einmal jene 2000 M. ganz in Anspruch genommen worden wären. Der nunmehr erscheinende, vom Abg. Ulrich verfaßte Bericht des Finanzausschusses, weist aber mit Recht darauf hin, daß diese schwache Bemerkung sich lediglich darauf erkläre, daß kein Mensch im Lande recht gewußt habe, nach welchen Regeln jene Summe dem Verwendung werden solle. Der Ausschuss schlägt sich demnach einstimmig dem Antrag an, dem nun hoffentlich auch die Regierung nachgeben wird.

Die organisierten tariflosen Schriftsetzer Hessens haben eine Eingabe an die Regierung und die Landstände gerichtet, worin sie beantragen, daß nach dem Vorbilde Sachsens und Wabens, auch die heftigen Behörden „staatliche Buchdruckerarbeiten irgendwelcher Art nur solchen Druckereien zuwenden würden, die den deutschen Buchdrucker-Tarif durch schriftliche Erklärung bei dem Tarifamt nicht nur anerkannt haben, sondern auch in allen seinen Bestimmungen innehalten.“

Daß dieses Ersuchen von den sozialdemokratischen Abgeordneten auf das Kräftigste unterstützt werden wird, bedarf keiner besonderen Begründung. —

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Ein Dreizehnjähriger wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt. Dem „Welt-Zeitung“ wird aus Posen gemeldet: Die hiesige Strafkammer verurtheilt den dreizehnjährigen Schülerlehrling Josef Brodowski aus Schwesing wegen Majestätsbeleidigung zu einer Woche Gefängnis.

Der Werstarbeiter Schulz in Altona hat am 20. Juni v. J., am Tage vor der Reichstagswahl in einem Gespräch über die Wahl, das er mit seinem ehemaligen Dienstherrn, einem Wählensbesitzer, pflog, eine Äußerung über den Kaiser gethan, in der eine Majestätsbeleidigung erklart wurde. Die Anzeige ist erst später von dem Wählensbesitzer erstattet worden. Das Gericht erklart weniger in den Worten selbst als namentlich mit Rücksicht auf die „begleitenden Umstände“ und die Absicht, in welcher der Angeklagte die freigelegte Äußerung gethan, eine Majestätsbeleidigung und verurtheilt den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis. —

**Die neue Fernsprechnetz-Ordnung.**

Bei der Neuordnung des Fernsprechnetzes ist in der Vorlage, welche dem Bundesrath zugegangen ist, darauf Bedacht genommen, eine neue Verteilung der Gebühren innerhalb des Rahmens des bisherigen Gesamtergebnisses herbeizuführen. Das Abonnementssystem ist beibehalten worden, und innerhalb desselben sind Abstufungen nach Maßgabe des Rufens, den das Publikum, und der Aufwendungen, die die Verwaltung hat, eingeführt. Daneben soll aber schrittweise denjenigen Theilnehmern, welchen die Abonnementgebühr zu hoch erscheint, der Anschluß gegen Zahlung von Einzelgesprächsgebühren gestattet sein. Für jeden Anschluß an ein Fernsprechnetz soll fortan eine Grundgebühr und eine Gesprächsgebühr erhoben werden. Die Grundgebühr ist die Vergütung für die Ueberkassung und Unterhaltung der Apparate, sowie für den Bau und die Instandhaltung der Sprachleitungen. Sie beträgt in Regen von nicht über 1000 Theilnehmer-Anschlüssen 60 M., in Regen bis 5000 Anschlüsse 75 M.; bis 20 000: 90 M.; und bei mehr als 20 000 Theilnehmer-Anschlüssen 100 M. jährlich für jeden Anschluß, welcher von der Vermittlungsstelle nicht weiter als 5 Kilometer entfernt ist. — Die Gesprächsgebühr ist die Vergütung für die Herstellung der Sprachverbindungen. Sie wird auf Grund der Aufzeichnungen der Vermittlungs-Anstalt festgestellt und ist entweder eine Pauschgebühr oder eine Einzelgebühr, die Höhe der Pauschgebühr (Gesamt-Gesprächsgebühr) richtet sich nach der durchschnittlichen Zahl der Sprachverbindungen von nicht mehr als 3 Minuten Dauer, welche während eines Jahres auf jeden der zu einem Netz vereinigten Theilnehmeranschlüsse entfallen. Die Gesprächsgebühr beträgt für die ersten 500 Verbindungen 20 M.; bei mehr als 500 bis inkl. 1500 Verbindungen für weitere 500 Verbindungen je 15 M.; bis 3000 für je weitere 500 Verbindungen je 10 M.; und bei mehr als 3000 Verbindungen für die überschüssigen Verbindungen insgesammt noch 10 M. — Die Grundgebühr und die Gesamt-Gesprächsgebühr werden für jedes Netz alle drei Jahre neu festgestellt und drei Monate vorher bekannt gemacht. Bei eintretender Erhöhung der Gebühren können die Teilnehmer einen Monat vorher kündigen. Jeder Teilnehmer ist berechtigt, an Stelle der Gesamtgesprächsgebühr Einzelgesprächsgebühren für jede hergestellte Verbindung, mindestens jedoch für 400 Gespräche jährlich zu zahlen. Diese Einzelgebühr beträgt 5 Pfennig für die Verbindung von nicht mehr als 3 Minuten Dauer; jede angefangene Reihe von 100 Gesprächsverbindungen wird für voll gerechnet. — Der Anschluß gegen Einzelgesprächsgebühren findet in Regen, in welchen die Gesamtgesprächsgebühr 20 Mark beträgt, nicht statt. — Wo Fernsprechnetze neu errichtet werden, wird während der ersten 3 Jahre nach der Errichtung für jeden Teilnehmeranschluß, welcher nicht mehr als 5 Kilometer von der Vermittlungsstelle entfernt ist, eine Grundgebühr von 60 M. und eine Gesamtgesprächsgebühr von 20 M. für den Anschluß erhoben. — Für die Benutzung der Verbindungsanlagen zwischen verschiedenen Regen oder Orten mit öffentlichen Fernsprechstellen werden Einzelgesprächsgebühren erhoben. Sie betragen für eine Gesprächsverbindung von nicht mehr als 3 Minuten Dauer bei einer Entfernung bis zu 50 Kilometer inkl. 25 Pf.; bis 100 Kilometer 50 Pf.; bis 500 Kilometer 1 M.; bis 1000 Kilometer 1,50 M.; über 1000 Kilometer 2 M. — Welcher Umfang einem Fernsprechnetz zu geben ist, insbesondere ob ein solches auf den Bezirk eines Ortes zu beschränken, oder auf mehrere Orte zu erstrecken ist, hängt von der Bestimmung der Verwaltung ab. Gewöhnlich werden als selbständige Netze (sogenannte Stadt-Fernsprecheinrichtungen) nur Anlagen von mindestens 5 Theilnehmern angesehen. — Das Gesetz soll am 1. April 1900 in Kraft treten. — Die Vorlage soll bereits am Donnerstag auf die Tagesordnung der Plenarsitzung des Bundesraths kommen. Voranschläglich wird sie den Verkehrs- und Finanzausschüssen zur Vorberatung überwiehen werden.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

**Zur Verfassungsfrage.** In Oesterreich haben sich die Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Fortschrittspartei, der Vereinigung des berrassungsstreuen Volkgrundbesitzer, der Christlich-sozialen Vereinigung und der Freien deutschen Vereinigung am Sonnabend zu einer Kundgebung geeinigt, welche auf das Tiefste die Befreiung der öffentlichen Verhältnisse seit dem Erlasse der kaiserlichen Sprachverordnungen beflagt. Seit jener Zeit sei das Parlament sohm gelegt, die wirtschaftliche Kraft der Bevölkerung empfindlich geschädigt, die politischen Rechte der Staatsbürger bedroht, ja die Verfassung vollständig in Frage gestellt worden.

„Die jetzige Vertagung des Reichsraths ist in der Absicht geschieden, die Ausgleichsfrage mittelst des § 14 zu einer Entscheidung zu bringen. Es wird sich dabei nicht um den parlamentarischen Verhandlung gestandenen, vom Ministerium abgeschlossenen Ausgleich, sondern um jene offenbar noch unangünstigeren Vereinbarungen handeln, welche von Seiten Ungarns als Ergebnis der derzeitigen Parteiverhandlung im ungarischen Reichstage unserer Reichspartei als Diktat angesetzt werden. Dadurch eilen unsere inneren Zustände einer folgenschweren Krise zu.“ Die Kundgebung schließt: „Die Deutschen in Oesterreich stehen den künftigen Ereignissen mit fester Entschlossenheit entgegen. Ihr letztes Ziel ist nicht vertagt. Ihr Zweck ist nicht die Untergewung der Völker Oesterreichs; ihr Kampf hilft dem Systeme, einen gegen den anderen auszuwählen, dem Systeme, das deutsche Element durch große und kleine Maßregeln zurückdrängen und zu reizen, dem Systeme, welches dadurch die unerschütterlichen Grundlagen des Reiches preisgibt.“

Ferner wird gemeldet: Der Oberstlandmarschall von Böhmen Fürst Lobkowitz beriet hier mit dem Grafen Thun und Dr. Raiz wegen Einberufung des böhmischen Landtages und Herbeiführung eines Ausgleichsversuches in Böhmen. Der böhmische Landtag soll im März zusammentreten, die Entscheidung hierüber wird erst nach Rücksprache Thuns mit den Führern der Jungbohemer und des Feudaladels, die hierher berufen wurden, stattfinden. — Nach einer Reichenberger Meldung steht das deutsche Sprachgebiet in Böhmen unter unauffälliger, aber scharfer Ueberwachung. Geheimagenten erforschen die Stimmung der deutschen Bevölkerung. In einigen Städten, darunter in Reichenberg und Eger, kam man der Sache auf die Spur. Der Bevölkerung wird die äußerste Vorsicht gegenüber Fremden angerathen. —

### Frankreich.

**Eine neue Spionage-Affäre** wird aus Paris gemeldet. Die Einbürgerung ist auf eine recht merkwürdige Art geschehen. Infolge Einbürgerens einer kleinen Holzbrücke fiel der Postwagen in die Loire. Der Briefsack wurde von der Strömung fortgerissen und erst einige Tage später aufgefunden. Der an einen ausländischen Agenten adressirte inkriminirte Brief lautete: „Ich schide Ihnen die zwei verlangten Photographien zurück; Sie erhalten demnach drei Photographien des Verles, von dem ich mit Ihnen sprach. Ich hoffe, Sie haben meinen letzten Brief von vor 8 Tagen beantwortet, wie ich bei, unter den in St. Etienne vereinbarten Anfangsbuchstaben.“ Die Spuren leiteten auf einen Leutnant W., der sich Durand nennt und seit zwei Jahren verabschiedet ist; er wurde noch am Sonntag in Chalons sur Marne verhaftet. —

**Vorbereitungen zum Staatsstreich?** Der „Voss. Zig.“ wird aus Paris gemeldet: Die Truppen der hiesigen Besatzung werden über ihr Verhalten gegenüber anfrühlicheren Volksmengen unterrichtet. „Gaulois“ erklart angeichts anderer Deutungen, dieser Unterricht beziehe sich auf mögliche Zusammenstöße mit ausländischen Arbeitern.

Es liegt zur Zeit durchaus keinerlei Anlaß vor, die Truppen über ihr Verhalten gegenüber „ausländigen Arbeitern“ zu unterrichten, denn es ist gegenwärtig kein Arbeiteraufstand von irgendwelcher Bedeutung in der Hauptstadt. Soweit aber Ruhestörungen bei Streiks in Paris vorgekommen sind, wie beispielsweise beim Bauarbeiterstreik im letzten Sommer, war es auch dort die Polizei, die sie provozierte. Eher könnte man an verhängte Vorbereitungen zu einem Staatsstreich denken. —

**Aus Algier** liegen eine Anzahl telegraphischer Meldungen vor, die darauf hindeuten, daß die Prügeln, die bei der Anwesenheit Rochefort's und Rogis in Marseille sich dort abspielten, auch in Algier wiederholt werden. Die Antis demonstrieren bei der Landung der beiden; die Demokraten festigen eine Gegendemonstration ins Meer. Die Mitglieder der „demokratischen Liga“, die sich mit Pfeifen versehen hatten, pfeifen unaufhörlich; aus der Menge ertönt der Gegenruf: Nieder mit den Verräthern! und es entstand ein Handgemenge. Die Gendarmen verhafteten mehrere Personen. Der Kommandeur des algerischen Armeekorps General Larche hat die Leitung der Sicherheitsmaßregeln übernommen. Der Platz von Algier und seine Adjunkten ermahnten die Bevölkerung zur Ruhe. Der Präfect hat infolge der Unruhen den Bürgermeister und den Municipalrath suspendirt. —

### Belgien.

**Volk und König.** Die königlichen Projekte der Wahlrechtsverflechtung stoßen bei allen Parteien und in allen Theilen des Landes auf großen Widerstand. Am gestrigen Sonntage haben in vielen Städten Protestversammlungen stattgefunden, die in unabweisbarer Weise ihre Mißbilligung über die Pläne Leopold's ausgesprochen haben. In Antwerpen waren die Delegirten der Sozialisten, Progressiven und Christlich-Sozialen versammelt. Nachdem zahlreiche Führer das Wort ergriffen und die proportionale Vertretung als einzige Lösung der Wahlfrage erklart hatten, wurde eine in diesem Sinne verfaßte Resolution angenommen und man gab sich gegenseitig das Versprechen, nicht eher ruhen zu wollen, als bis von der Regierung Genehmigung gegeben werde. Es wird sich zeigen, wer stärker ist, das Volk oder der vom Volke erhaltene König. —

### Italien.

**Die Amnestie** der von den Kriegsgewaltigen Verurtheilten ist vorläufig vertagt. Die Berichte der Petitionskommission sind der Regierung überwiesen und damit natürlich begraben. Das wenigstens ist der Wille der Reaktion; aber der Kampf um das Recht wird von Neuem aufgenommen werden, die sozialdemokratische Partei eröffnet ihn bereits wieder und nicht eher wird man ruhen, bis die Opfer der Klassenjustiz ihren Feindern entrissen sein werden. —

### Spanien.

**Madrid, 4. Februar.** Der Ministerrath beschloß die Aufschaffung des Ministeriums für die Kolonien und ernannte den Ministerpräsidenten Sagasta, die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte wieder herzustellen, sobald es ihm angemessen erscheine. Man glaubt, daß dies demnachst geschehen werde.

### Rumänien.

**Bauernunruhen** sind in Rumänien ausgebrochen. Die Nachrichten lauten sehr unbestimmt und die Ursachen sind nicht klar. Sozialistische Lehren sollen die Unruhen veranlaßt haben. Man befürchtet, daß dieselben sich über das ganze Land ausbreiten könnten. Auch das Militär sympathisiert mit den Bauern. Die Regierung ist ernstlich besorgt und nur, um die Finanzen nicht zu schädigen, versucht sie die Vorgänge in öffentlichen Notizen als harmlos hinzustellen. —

### Sien.

**Vom Kriegsjahrbuch.** Auf den Philippinen ist es am Sonnabend zu dem vorausgesehenen Zusammenstoß zwischen den Philippinos und den Amerikanern gekommen, ohne daß eine formelle Kriegserklärung vorausgegangen wäre. Die Meldungen, die über New-York kommen, lauten natürlich den Amerikanern günstig. Danach eröffneten die Philippinos am Sonnabend, Abends 10 Uhr den Angriff auf Manila. Die Amerikaner antworteten mit einem heftigen Feuer und gingen schließlich ihrerseits zum Angriff vor. Die Philippinos wurden aus ihren Stellungen vertrieben; mehrere wurden gefangen genommen; ein Geschütz wurde erbeutet; die Zahl ihrer Todten und Verwundeten ist unbekannt. Der Verlust der Amerikaner wird auf 20 Todte und 125 Verwundete geschätzt. Schon den ganzen Tag über war an verschiedenen Stellen mit Ueberbrückungen Gewehrfeuer unterhalten worden. Im Allgemeinen waren die Amerikaner erfolgreich; die Insurgenten wurden zurückgedrängt, und die Linie der Amerikaner gewann an Boden. Die amerikanischen Kreuzer beschließen die Ausschiffung im Norden und Süden der Stadt. In der Stadt selbst sind keine Unruhen ausgebrochen. Die Frauen wurden an Bord der Transportschiffe gebracht. General Otis ist vollkommener Herr der Situation. —

Andere Nachrichten, die über Madrid kommen, lauten allerdings weniger günstig. Danach hätten die Philippinos alle äußeren Linien Manila's genommen.

Agoncillo, der Vertreter der Philippinos in Washington, welcher der amerikanischen Regierung vorausgesetzt, daß, wenn die Amerikaner Verstärkungen landeten, die philippinische Armee eingreifen würde, hat in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag Washington verlassen.

Zu den sonstigen Schwierigkeiten kommt, daß Spanien von den Amerikanern die Erfüllung des Pariser Friedensvertrages verlangt, nach welchem sich die Amerikaner zur Befreiung der spanischen

Gefangenen auf den Philippinen verpfichtet haben. Im Ganzen dürften der amerikanischen Eroberungspolitik auf den Philippinen große Schwierigkeiten entgegentreten. Möglich ist auch immer noch, daß die Friedenspartei im Senat der Vereinigten Staaten die Oberhand gewinnt und man von der Armeegeneralität Abstand nimmt.

„Maritime Stützpunkte.“

In der Reichstagsitzung vom 31. Januar hat Abg. Nebel an den Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes die Frage gerichtet, was unter dem in Beziehung auf Kiautschou gebrauchten Ausdruck „maritimer Stützpunkt“ zu verstehen sei. Der Staatssekretär hat eine bestimmte Antwort auf diese Frage nicht gegeben.

Das ist erklärlich. Der Staatssekretär scheint sich, die Zukunftspläne der Weltpolitik zu enthüllen. Die Steuergahler würden dem doch etwas gar zu stübig werden, wenn so unvermittelt die wahren Pläne bekannt würden. Da drückt man sich um eine klare Antwort herum, in der Hoffnung, vorerst mit kleineren Forderungen das Volk auf die kommenden Forderungen vorzubereiten.

Für den Kenner der Marineverhältnisse — so schreibt man uns aus Kiel — genügt aber auch schon der Ausdruck „maritimer Stützpunkt“, um das Kommende mit Sicherheit bestimmen zu können. Wir brauchen nur einmal zu betrachten, was man in Marinetreisen unter maritimem Stützpunkt versteht, um sofort zu wissen, wie sich die Sache mit Kiautschou gestalten wird.

Man unterscheidet im Großen und Ganzen 3 Klassen von Flottenstützpunkten. Die der 1. Klasse sind Häfen, die einer Flotte in jeder Beziehung, unter größtmöglicher Sicherheit, die Möglichkeit geben, sich völlig kriegsbereit zu machen. Mit Munition, Kohlen, Proviant völlig ausgerüstet, um dieselben an die Schiffe abgeben zu können, sind diese Häfen durch moderne Befestigungen so stark verteidigt, daß sie nach menschlicher Voraussicht für unannehmbar gelten können. — In ihnen finden die Schiffe die erforderlichen Werkstätten, Dock, um eventuelle Reparaturen vornehmen und Kadavrien ausbessern zu lassen. Es sind dieses die Kriegshäfen des Landes.

Die Flottenstützpunkte 2. Klasse stehen an Sicherheit für eine Flotte denen der 1. Klasse nicht nach; sind jedoch in Bezug auf Munition, Proviant, Kohlen nicht unabhängig, sondern auf Zufuhren angewiesen, diese sind aber in Friedenszeiten in so reichem Maße bewirkt, daß die vorhandenen Bestände auf lange Zeit vorhalten. Zu diesen maritimen Stützpunkten gehören Gibraltar, Bermuda, San Juan, Hongkong, Wladivostok; letzterer wird nach Fertigstellung der sibirischen Bahn zur 1. Klasse zählen. Welch hohen Wert man diesen Stützpunkten, die als eine eventuelle Operationsbasis gelten können, beilegt, erweist man aus dem Umstand, daß fortgesetzt an der Verbesserung dieser Häfen gearbeitet wird. So ist zur Zeit, zum großen Mißvergnügen Spaniens, England auf die weitere Befestigung Gibraltars bedacht. Durch die Fortschritte der Wassertechnik ist die Befestigung Gibraltars von der Landseite aus nicht mehr unmöglich, daher das Bestreben die nötigen Werke zur Sicherheit aufzuführen.

Maritime Stützpunkte 3. Klasse sind geschützte Häfen, die zwar einer Flotte keine absolute Sicherheit bieten, dieser jedoch Gelegenheit geben, Kohlen und sonstige Vorräte einzunehmen. In den ostasiatischen Gegenden ist hierzu Kiautschou, Waikowai und Port Arthur zu rechnen.

Die fieberhafte Tätigkeit der Russen in Port Arthur werde dieses bald zu einem Stützpunkt 2. Klasse machen. Ein Gleiches gilt bezüglich der Engländer von Waikowai. Die fehlenden Dock- und Werkstätten werden beschafft werden und dann haben diese beiden Staaten in jener Gegend mit Wladivostok und Hongkong je zwei uneinnehmbare Stützpunkte als Basis ihrer Operationen.

Ein Stützpunkt 3. Klasse hat als alleiniger Stützpunkt in Kriegszeiten nur Wert, wenn er eventuell durch eine Hochsee-Schlachtspannerflotte gehalten werden kann. Dieses wird mit Kiautschou nicht möglich sein, weil eine solche Flotte vorläufig nicht nach dort geschickt werden kann. Es bleibt nur das Bestreben, Kiautschou zu einem Stützpunkt 2. Klasse zu machen. Weil Deutschland an der jetzt üblichen Erschließung Chinas teilnimmt, und daran ist ja kein Zweifel, wird auch der Punkt, von wo aus dieses geschieht — eben Kiautschou — für Kriegszwecke zu sichern sein. Und dieses kann nur durch Gestaltung zu einem starken maritimen Stützpunkt sein. Nicht umsonst hat man in den Marineblättern auf die „leicht“ zu bewirkende Befestigung Kiautschou hingewiesen, durch Befestigungen zu beiden Seiten der schmalen Einfahrt zur Bucht und durch solche auch der dieser vorgelagerten Inseln. Und die vorgenommene Vermessung der Bucht und des umgrenzenden Landgebietes sind die einleitenden und vorbereitenden Schritte gewesen. Natürlich folgen dann die Werk- und Doldanlagen und zur Sicherung dieser dann auch wieder die Befestigungen auf der Landseite, um eine Einschließung à la Santiago de Cuba unmöglich zu machen. Und in der That, in der Abgrenzung des „gepachteten“ Landgebietes hat man auf diese Möglichkeit auch Bedacht genommen.

Natürlich reichen dazu aber noch lange nicht 2000 Mann, die weiteren werden folgen. So folgt eines dem anderen. Und hiermit wird's aber auch nicht sein Ende erreicht haben. Ein starker Stützpunkt, der sich wohl halten und einer schwächeren Flotte als Zufluchtsort dienen mag, kann noch immer blodirt und dadurch zur Kaufsache gemacht werden.

Erst ist Kiautschou der Hafen, von wo der Handel sich die Reichthümer holen kann, dann wird's ein „maritimer Stützpunkt“, der nach üblicher Art immer stärker gemacht werden muß. Für die vorhandene Scheibe muß dann auch der Säbel her. So werden neue Flottenforderungen kommen.

Das kann man aber jetzt noch nicht aussprechen. Da muß das Volk erst vorbereitet werden. Und wer die Augen offen hat zum sehen, der sieht auch, wie die Anfänge hierzu schon gemacht werden. Die Agitation des Deutschen Flottenvereins ist sehr charakteristisch.

Partei-Nachrichten.

Die Spekulationen mit antisozialistischen Christen ziehen trotz der raffiniertesten Kellame nicht mehr. So hat die Reichliche Verlagsbuchhandlung in Magdeburg von der vor einigen Monaten bei ihr erschienenen Schrift: „Fünfzehn Jahre Sozialdemokrat“, deren Verfasser ein Fabrikarbeiter namens Carl Gotthardt sein soll, bis jetzt nur 17 Tausend Exemplare drucken lassen können, während die sozialdemokratischen Flugblätter und Broschüren allwöchentlich in vielen Tausenden von Exemplaren im Deutschen Reich verbreitet werden und reichend Abnehmer finden. Die genannte gegenwärtige Broschüre gehört zwar zu den besten Nachwerken ihrer Art, in denen finden auch unterhaltendere Schriften, so Eugen Richter's „Zukunftsbilder“, nur vereinzelt noch Käufer.

Politikalisches, Gerichtliches u. l. v.

Der Reichstagsabgeordnete für Frankfurt a. M., Genosse Wilhelm Schmidt, hat am 4. Februar das Gefängnis in Prenzelsberg verlassen, wo er wegen Preßvergehens drei Monate interniert war.

Wegen angeblicher Beleidigung der Stettiner Polizei ist gegen den Redakteur des dortigen „Volksboten“, Genossen Fritz Herbert, Anklage erhoben.

Eine dreiwöchige Gefängnisstrafe hat am 8. Februar der Redakteur des früheren „Wählers“, Genosse Kappeler in Alzenburg, angetreten.

Gewerkschaftliches.

Die Hamburger Schauerleute beschloßen in einer von 2000 Verfassungsmitgliedern besuchten Versammlung gegen jede Maßregelung wegen Nichtbenutzung des neuen Arbeitsnachweises der Unternehmer sofort energische Gegenmaßregel zu unternehmen. Aus der vorausgegangenen Debatte ist zu entnehmen, daß als solche Maßregelung der sofortige Streik in Anwendung kommen soll.

Achtung, Steinarbeiter!

Der Ausstand der Steinmeger bei der Firma Siebel in Mehle-Dorfwald dauert fort. Bei der Firma Köhler in Kölln-Weihen sind 16 Mann im Ausstand. Alle Bemühungen des Fabrikanten, Leute zu erhalten, waren bis jetzt ohne Erfolg.

14 Mann der Firma Siebel in Plauen i. Vogtl. legten am 6. Februar die Arbeit nieder, weil ihnen zugemutet wurde, 30—40 pCt. billiger zu arbeiten. Zugang ist fernzuhalten. Die Zentralleitung der Steinarbeiter.

Der Streik der Wandweber in Warmen, über den wir bereits kurz berichteten, hat ca. 128 Personen in Mitleidenschaft gezogen. Der Streik betrifft die Firma Lucas u. Vorseher. Den Weibern wurde eine neue Fabrikordnung unterbreitet, die erhöhte Strafen auf fehlerhafte Waare festsetzte. Die Arbeiter wollten darauf nicht eingehen, doch die Firma bestand auf ihrem Vorgehen und machte bekannt, wer die neue Verordnung nicht unterschreibe, müsse aufhören. Hierauf reichten 115 Mann ihre Kündigung ein. Als Antwort bestellte die Firma ein Plakat an, auf dem zu lesen war, daß diejenigen, welche innerhalb 14 Tagen die Kette ab haben, von der Einhaltung der weiteren Kündigungsfrist entbunden seien und direkt aufhören könnten. Darauf blieben die Arbeiter Mittags vor der Thür stehen und kündigten den Streik an. Die Versuche, den Konflikt gütlich beizulegen, scheiterten an dem Starfsinn der Firma, die „Heer im Hause“ bleiben will. Auch die Bemühungen des Herrn Gewerberat's Fröhlich und des Polizei-Inspektors Schnübbe, die bei der Firma vorstellig wurden, blieben resultatlos. — Am Sonntag Abend tagte eine öffentliche Versammlung, die außer von Streikenden auch von Wandweibern anderer Fabriken stark besucht war. Diese Versammlung entschied dahin, nochmals den Versuch zur Einigung zu machen; sollte auch dieser Versuch scheitern, dann soll nicht nur die Zurücknahme der verschärften Strafbestimmungen gefordert, sondern es sollen noch weitere Forderungen gestellt werden.

Zur Lohnbewegung der Krefelder Weber. Die Ausständigen sind sehr ungehalten über das eigenmächtige Vorgehen des christlichen Verbandes, der den Versuch unternahm, mit den Fabrikanten eine Einigung anzubahnen. Nicht daß die übrigen Arbeiter einer Einigung abgeneigt wären, sondern sie verurtheilen nur das einseitige Vorgehen und verlangen mit Recht, daß in diesem Kampf die Differenzen zwischen den Organisationen zu schlichten haben. Diefem Grundgedanken sind die Leiter des christlichen Verbandes möglichst aus dem Wege gegangen, da sie befürchteten, in jeder Verklärung mit den übrigen Arbeitern könnten ihre Anhänger abspenstig gemacht werden. Ihre Versammlungen hielten sie hinter geschlossenen Thüren ab, um so ungenirt und sicher auf ihre Anhänger einwirken zu können. Es ist unter diesen Umständen geradezu wunderbar, wie es den redgewandten Führern, die allerdings weder mit der Weiberei etwas zu thun haben, noch die Verhältnisse im Verstande kennen, abzulicht gelang, die Arbeiter in die Fabriken hinein zu reden. An Versammlungen nach der Seite hat es nicht gefehlt, aber wiederholt wurden die Herren von den Arbeitern abgewiesen. Die Ursachen des Konflikts lagen so klar zu Tage, daß aller Aufwand sophistischer Debuktionen, die den Herren so reichlich zu Gebote standen, die Weber in ihrem Entschluß nicht irren machen konnte. Allen gleichnehrischen Worten gegenüber stand die Thatfache, daß die neue Lohnliste eine Lohnreduktion bedeutet, und davon ließ sich nichts wegdisputieren. Demgegenüber muß das Verhalten der übrigen Arbeiter und ihrer Organisationen als vollkommen korrekt bezeichnet werden. In hochherziger Weise haben sie ihren christlichen Kollegen die Unterstützung angeboten. Ihre Verhandlungen haben das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen und wenn es den Fabrikanten um keine Lohnabzüge zu thun ist, wenn sie sonst den Frieden wollen, dann finden sie bei den Arbeitern ein weitgehendes Entgegenkommen. Der letzte Beschluß der Streikenden, den wir in der vorigen Nummer wiedergaben, bahnt wiederum eine Einigung an, und ist die von der Versammlung angenommene Resolution der Fabrikanten-Vereinigung bereits unterbreitet. Warten wir ab, ob abermals die zum Frieden führenden Unterhandlungen von den Fabrikanten abgelehnt werden.

Uriadbriefe. Während der ganzen Zeit der frivolen und blöden Hege derer um Stumm gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter waren wir beständig in der Lage, Beweise für den von den Unternehmern ausgeübten Terrorismus zu häufen. Heute giebt die „Frankische Tagespost“ eine geradezu kläffische Urkunde bekannt, eine Urkunde, die zeigt, daß die Organisation der Töpfermeister in Nürnberg in der ungenutztesten Weise die Verurteilung an gros betreibt; es heißt da wortwörtlich:

Zeugniß über

den Hafnergehilfen Unterzeichneter bestätigt hiermit, daß oben angeführter Gehilfe als bei mir in Arbeit bis heutigem stand. Derselbe wurde wegen Seher, oder als was er entlassen und ist ein . . . . . Seher, oder als was er beschäftigt war.

- 1) Wammacher
2) Seher
3) Precher
4) Brauchbarer
5) Fleißiger
6) Zuverlässiger

(ausgestrichen muß werden, was nicht der Fall ist.)

so daß ich ihn . . . . . kann. Nürnberg, den . . . . . Hafnermeister oder Ofenfabrikant.

NB. Zeugnisse können jeden ersten Mittwoch im Monat eingesehen werden.

Wer von den entlassenen Gehilfen kein Zeugniß an den Vorstand innerhalb 14 Tagen sendet, wird nach § 15 der Statuten bestraft. Gleichzeitig ist beim Einstellen des Gehilfen eine Karte (nur für die alte Grenze von Nürnberg gültig, mit Waishammer) auszufüllen und dem Vorstand zu senden, damit, wenn ein Gehilfe sein Arbeitsverhältnis nicht richtig löst, er bei selbigen (!) Meister wieder entlassen werden muß. Die Aufforderung geschieht durch die Vorstandschaft des Vereins.

Sämtliche Zeugnisse sind an den Vorstand zu senden. — In der Hand einer einflußreichen Unternehmerorganisation kann ein solcher Uriadbrief, in dem der Unternehmer ganz nach seiner Laune verfahren kann, einen Arbeiter von Ort zu Ort hegen. Nirgends findet der Gefenzeichneter ein Unterkommen; nur weil er gemeinhin mit seinen übrigen Arbeitern für eine Besserung der Lage der Arbeiterklasse kämpft, deshalb wird er geachtet. Hierüber mögen sich diejenigen entrüsten, die der Arbeiterbewegung alle möglichen Verdächtigungen anhängen. Wo aber der Kampf mit solchen Mitteln geführt wird, da ist auf der anderen Seite auch eine kräftige Abwehr nötig.

Ausland.

Aus Bukarest (Rumänien) wird gemeldet: Die Bildhauer im Atelier Herdlieta befinden sich im Ausstand und ersuchen, bis zur Beilegung der entstandenen Differenzen den Zugang strengstens fernzuhalten. Das Internationale Agitationskomitee der Bildhauer.

Die Maßregelungen im Lokal-Anzeiger vor dem Gewerbegericht.

Mit den Klagen von 40 Sehern gegen Herrn August Scherl, den Verleger des „Lokal-Anzeigers“, beschäftigte sich gestern das Gewerbegericht in einem sogenannten Vergleichstermin. Herr Scherl wurde durch den Geschäftsführer Dr. Sandstein und durch den Oberfaktor Wolken vertreten. Sämtliche Kläger behaupteten, ohne Grund plötzlich entlassen zu sein, und beanspruchten die entsprechenden Lohnentzählungen. Herr Dr. Sandstein machte diesen Forderungen gegenüber geltend, daß die Kläger von vornherein in zwei Gruppen einzuteilen seien, und zwar in solche, die wirklich entlassen wären, und in andere, die die Arbeit freiwillig aufgegeben hätten. Unter den vier entlassenen

Leuten befänden sich auch solche, denen laut Vereinbarung eine Kündigungsfrist überhaupt nicht zugestanden habe.

Die Firma Scherl habe bei dem von ihr ausgeübten Brutalkäufert 24 Seher entlassen, und deren Forderungen seien zum Teil anerkannt worden; wer von diesen Leuten die Kündigungsfrist beanspruchen könne, der habe die Entschädigung bereits erhalten oder werde sie noch erhalten. — Von den 24 gemahregelten Sehern waren bei der gestrigen Verhandlung nur 13 betheiligt. Hier von schieden alsbald noch 6 aus, deren Ansprüche anerkannt wurden, weil ihnen die Kündigungsfrist unstrittig zum. Die übrigen sieben erklärten an, daß sie sich beim Engagement schriftlich mit dem Ausschluß der Kündigungsfrist einverstanden erklärt hätten; sie behaupteten jedoch, mit der Veränderung gewisser Arbeitsbedingungen habe sich ihr Arbeitsverhältnis derart verändert, daß der Kündigungsanspruch für sie keine Rechtskraft mehr besige. Als solche Veränderungen der Arbeitsbedingungen wurden angeführt: Herausrücken vom Seher zum Weitzer, Uebertritt aus einer anderen Abteilung in die Zeitungsgesetzerei, Uebertritt aus der Firma A. Scherl, Verlag des „Lokal-Anzeigers“ u. s. w. Einige Kläger betonten, daß der unterschriebene Widerruf ungültig sei, weil er zugleich die Unterzeichnung verpflichtete, nicht dem Buchdrucker-Verbande anzugehören.

Der Leiter der Verhandlung, Gewerbeichter Meier, verband die betreffenden Sachen als gleichartige. Die aufgeworfenen Rechtsfragen wird die Kammer VIII demnächst in einer Sitzung mit Weisern entscheiden.

Die Kläger aus der zweiten Gruppe, 88 Personen, beriefen sich auf eine Mitteilung der ebenfalls von Sandstein entlassenen Bänkerkommission, wonach Dr. Sandstein mit Bezug auf alle Seher der Offizin gesagt habe, sie seien entlassen, soweit sie sich als Verbandsmitglieder fühlten. Hiernach hätten sie sich als entlassen betrachten müssen. — Dr. Sandstein erklärte demgegenüber, er könne beeden, daß er eine solche, die Allgemeinheit betreffende Äußerung nicht gethan habe. Die Seher H. und K., die beide der Kommission angehört, bestätigten in dessen auf das Entschiedenste die Angaben der Kläger. — Gewerbeichter Meier, der die Klagen als ziemlich aussichtslos bezeichnete, führte unter anderem aus, der Arbeiter habe nur auf solche Äußerungen etwas zugeben, die vom Arbeitgeber oder von dessen befugtem Vertreter herrührten. Im Uebrigen rief er zu einem Vergleich. Die Kläger sollten die Klagen zurücknehmen, wenn der Beklagte sich bereit fände, jetzt und in Zukunft seine Seher nicht mehr zu verpflichten, nicht dem Verbandsmitgliedschaft anzugehören, und wenn er verspräche, die Kläger bei Neueinstellungen zu berücksichtigen. Dr. Sandstein entgegnete hierauf: Herr Scherl wolle den Sehern durch aus nicht das Koalitionsrecht beschneiden, es sei auch schon wiederholt erwoogen worden, ob man nicht jene Verpflichtung, den Verband zu meiden, aufheben solle. Es sei aber hiervon abgesehen worden, da man die Erfahrung gemacht habe, daß die Verbändler durch ihr Verhalten, durch Kargkeiten und Rücksichtslosigkeiten ihren Kollegen aus dem Gutenbergsbunde und den Nichtorganisirten die Arbeit vollständig verleideten. (Große Unruhe und Protestrufe der Kläger. Dr. Meier mahnt zur Ruhe.) Das Geschäft leide mit darunter. Der Beklagte wolle sich nur das Recht sichern, seine Arbeitskräfte daher zu nehmen, woher er wolle, während der Verband darauf ausgehe, die Unternehmer zu zwingen, nur seine Mitglieder einzustellen.

Die Kläger H. und K. traten diesen Ausführungen entgegen. Gerade die Vereinsmitglieder seien befreit, in jeder Beziehung Ruhe zu halten und alles zum Besten zu wenden. Gewisse Leute hätten es ihnen verübelt, daß sie wegen der üblichen übermäßigen Anstrengungen für eine andere Eintheilung der Arbeitszeit eingetreten seien, und hätten gegen sie gehetzt. — Es hob hervor, daß die verschiedenen Parteien unter den Sehern vielfach bei Festen, im Gesangsverein, im Kegelschlag u. s. harmonisch zusammen gelebt und gewirkt hätten. Als der vormalige Vorsitzende Albrecht vom Gutenbergsbund in Bedrängnis gerathen sei, hätten sich die Verbändler seiner angenommen und ihn sogar von ihren „Spezialberufungen“ unterstützt. Auch seien die Interessen des Geschäfts in überaus intensiver Arbeit wahrgenommen worden. Der Verband wolle durchaus nicht terrorisieren.

Die Kläger zeigten sich einem Vergleich im Sinne der Vorschläge des Vorsitzenden nicht abgeneigt. Dr. Sandstein in dessen meinte, die Firma werde unter den obwaltenden Umständen auf die Verbandsklause nicht verzichten können. Auf Wunsch des Richters will er aber Herrn Scherl die Vorschläge des Herrn Dr. Meier unterbreiten.

Die Kammer Sitzung, in der die Angelegenheit weiter verhandelt wird, findet am 18. Februar statt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Braunschweig, 6. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In der Zigarrenfabrik von Deter befinden sich 120 Mann im Ausstand.

Grossen, 6. Februar. (M. Z. W.) Der Reffe des verstorbenen Grafen v. Caprivi, General v. Müller, erhielt folgendes Telegramm des Kaisers: „General v. Müller, Skryen. Soeben von der Nachricht vom Hinscheiden Ihres Onkels, des Generals der Infanterie Grafen v. Caprivi, übertraf, spreche ich Ihnen und der Familie des Heirgegangenen meine theilnehmendste Mittrauer aus. Als Soldat von seinem Kriegshelden immer hochgeschätzt, als Reichstangler mein arbeitsfreudiger, überzeugungs-treuer Mitarbeiter, hat Graf Caprivi auch in der Zurückgezogenheit seiner Zuverlässigkeit es verstanden, sich die Anerkennung und Dankbarkeit seines Königs und Kaisers zu erwerben.“

Paris, 6. Februar. (M. Z. W.) Die Revisionskommission der Deputiertenkammer hat die Vorlage der Regierung, nach welcher Revisionsklagen von den vereinigten Kammern des Kassationshofes abgeurteilt werden sollen, mit 9 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Die Kommission beschloß einstimmig, die Untersuchungsakten zu veröffentlichen. Zum Referenten wurde Renault-Marlière ernannt, welcher am Mittwoch in der Kammer seinen Bericht erstatten wird.

Paris, 6. Februar. Der Kassationshof beschloß in seiner Eigenschaft als oberster Gerichtshof für Richter, gegen den Richter am Tribunal in Versailles, Grosjean, eine Untersuchung einzuleiten. Letzterer hatte in einem Schreiben an den Justizminister die Mitglieder der Strafkammer des Kassationshofes der Parteilichkeit in der Revision des Drehstuhlprozesses beschuldigt.

London, 6. Februar. (M. Z. W.) An Stelle Harcourt's ist Campbell Wannermann zum Führer der Liberalen im Unterhaus gewählt worden.

Rom, 6. Februar. (M. Z. W.) Der König wird aus Anlaß des hier stattfindenden Journalisten-Kongresses alle wegen Preßvergehens verurtheilten Personen begnadigen.

Washington, 6. Februar. (M. Z. W.) Der Senat hat den spanisch-amerikanischen Friedensvertrag mit einer Mehrheit von drei Stimmen genehmigt.

Washington, 6. Februar. (M. Z. W.) Dem Marine-Sekretär ist vom Admiral Dewey folgende Meldung zugegangen: Manila, 6. Februar. Die Amerikanischen haben Manila angegriffen. Die „Boston“ geht heute nach Ilo-Ilo ab, um die „Altimore“ abzulösen, welche nach Manila zurückkehrt. An Bord der „Monadnock“ wurden gestern zwei Mann verwundet und zwar einer schwer.

Monckebide, 6. Februar. (Telegramm des „Neuer'schen Bureau's“.) Der Ausstand gegen den Präsidenten Cuevas ist von den Regierungstruppen unterdrückt. Die Rebellen wurden geschlagen und gefangen genommen. Das Land ist ruhig.

Reichstag.

26. Sitzung, Montag, 6. Februar 1899, 1 Uhr. Am Tische des Bundesrates: von Pöbbecke, Freiherr von Thielmann.

Die Spezialberatung des Postetats wird fortgesetzt bei dem Titel „Vorsteher der Postämter erster Klasse“ u. s. w. — Zu demselben beantragt

Abg. Dr. Wassermann (natl.) folgende Resolution: „Die veränderten Regierungen zu eruchen, dahin zu wirken, daß bei der veränderten Regelung des Gehalts der Postdirektoren eine Schädigung der jetzt im Amte befindlichen Direktoren gegenüber dem früheren System vermieden werde.“ — Redner begründet diesen Antrag mit den vielfach laut gewordenen Befürchtungen, daß auch in dieser Beamtenkategorie ähnliche Schädigungen eintreten könnten, wie in anderen Kategorien.

Direktor im Reichs-Postamt Dr. Wittke legt dar, in welcher Weise die Verwaltung bemüht gewesen sei, diese Schädigungen nach Möglichkeit abzuwenden. Eine Aenderung der im Etat festgelegten Grundzüge sei zur Zeit unthunlich. So sympathisch der Postverwaltung dieser Antrag an sich sei, so bitte er doch das Haus, demselben zur Zeit keine Folge zu geben.

Gehemrath v. Neumann verweist darauf, daß etwaige Abweichungen von der festgelegten Scala von der Oberrechnungskammer moniert werden würden.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.)

fragt an, ob und wann neue Arbeitszeit-Vestimmungen für die Beamten und Unterbeamten zu gewärtigen seien. Wünschenswerth wäre es, wenn die Ruhepause, die auf einen Sonntag fällt, nicht als solche in Anrechnung käme; die Beamten sollten dann eben auch noch den Montag frei bekommen. Sonntags soll der Sonntagsruhe wegen frei sein; Kollegen Vingsen möchte sich dieser Sache annehmen. Die Beamten fühlen sich ferner mit Recht dadurch in ihrer freien Zeit eingeengt, daß sie, vom Urlaub zurückgekehrt, sich acht Stunden vor ihrem Dienstantritt melden müssen. Welchen Zweck soll denn das haben? Redner tabelt sodann das Eingreifen der Postverwaltung in die Wahlkämpfe, wie ein solches z. B. in Tilsit stattfand, wo die Unterbeamten durch ein extra an sie ergangenes Plakard zu Gunsten des Grafen Pourtales beeinflusst wurden. Später erklärte dann der Ober-Postdirektor, er habe nichts mit dem Plakard zu thun. Zeugeneidlich ist aber dann das Gegenteil erwiesen worden, der Ober-Postdirektor hat sich dadurch also des Vertrauens unwürdig gezeigt.

Vizepräsident v. Frege bittet den Herrn Redner, einen abwesenden Beamten nicht wissentlicher Unwahrheit zu beschuldigen.

Staatssekretär v. Pöbbecke:

Ueber die Dienstzeit meiner Beamten bin ich nur dem Herrn Reichskanzler Rechenschaft schuldig und muß es ablehnen, mir von Herrn Abgeordneten Müller Vorschriften machen zu lassen. (Widerspruch links.) Ich habe in jener Sache dem betreffenden Ober-Postdirektor mein Mißfallen ausgedrückt. Natürlich kann in einer so großen Verwaltung auch manche Unzulässigkeit passieren. Ich selbst fühle mich auch nicht völlig schuldlos. (Weiterkeit.)

Direktor im Reichs-Postamt Wittke erklärt, daß für die neuen Bestimmungen über die Dienststunden der Beamten und Unterbeamten noch kein bestimmter Anfangstermin in Aussicht genommen sei.

Abg. Ridert (fr. Sp.):

Formell hat der Staatssekretär recht, wenn er erklärt, er sei über die Dienstzeit lediglich dem Reichskanzler Rechenschaft schuldig. Aber der Reichskanzler ist eben dem Reichstag Rechenschaft schuldig, und da der Staatssekretär hier als Vertreter der Regierung fungiert, so muß er uns selbstverständlich Rede und Antwort sehen. (Sehr richtig!) Wenn er da das Schredgespenst (Weiterkeit) der Wählbarkeit der Beamten herzuht, so hat das mit der Frage der Verantwortlichkeit nichts zu thun.

Abg. Müller (natl.) empfiehlt die Verweisung der schwebenden Fragen an die Budgetkommission.

Abg. Lenzmann (fr. Sp.):

Die Art, wie der Herr Staatssekretär uns die Kritik seiner und seiner Beamten Thätigkeit verbieten will, ist mir denn doch etwas zu lavalastermäßig (Weiterkeit) und vor allem verfassungswidrig. Jener Postdirektor hat, wie ich bestimmt weiß, sich sogar einer ungesetzlichen Handlung schuldig gemacht und müßte deshalb zur Verantwortung gezogen werden. Einen ganz besonders schroffen Fall von Nichtachtung der Gesetze muß ich aber noch besonders rügen. In Dortmund nahm die Postdirektion die Unterchrift eines Kaufmanns für seine Frau, mit der er, wie das in Westfalen üblich ist, in Gütergemeinschaft lebt, nicht entgegen. Auf seine Beschwerde erhielt er von der Direktion den Bescheid: er solle sich von seiner Frau eine Vollmacht ausstellen lassen, und als er in höflichem Tone auf die zwischen den Ehegatten bestehende Gütergemeinschaft aufmerksam machte, wurde ihm die Antwort: „Die Post kennt keine westfälische Gütergemeinschaft.“ Wir verlangen aber, daß die Post sich um die bestehenden Gesetze kümmert und wenn sie sie nicht kennt, sich über sie informiert und mindestens hat sie aber dem Publikum gegenüber höflicher zu sein. (Weifall links.)

Staatssekretär v. Pöbbecke:

erklärt, über diesen Fall nicht orientirt zu sein; er werde sich aber die Akten kommen lassen und dann das Resultat seiner Untersuchung mittheilen. Er halte streng darauf, daß keine Beamten stets die Gesetze respektiren. Man solle aber auch nicht jede Redensart, die so fällt, gleich als Unhöflichkeit ansehen.

Abg. Singer (Soz.):

Der Herr Abg. Wassermann hat ja ein recht lebhaftes Interesse für die Postdirektoren bewiesen, er sollte mir auch dasselbe entgegenkommen zeigen, wenn es sich um die Sanirung von Schädigungen der Unterbeamten handelt. In der Budgetkommission werden wir ja weiter über den Antrag sprechen. Nur auf einige Bemerkungen des Herrn Staatssekretärs will ich eingehen. Herr Ridert hat die Auffassung wohl des ganzen Reichstags über die Verantwortlichkeit des Herrn Staatssekretärs richtig zum Ausdruck gebracht. Wenn die Vertreter des Herrn Reichskanzlers hier sich immer auf diesen zurückziehen könnten, dann bliebe nichts anderes übrig, als daß der Herr Reichskanzler hier permanent anwesend wäre. Also die Art, wie der Herr Staatssekretär hier versucht hat, sich aus der Schlinge zu ziehen, war doch nicht zweckmäßig. Es ist ganz klar, daß für alles, was im Deutschen Reich passiert, der Herr Reichskanzler verantwortlich ist, aber er schickt seine Vertreter hierher und diese sind daher dem Hause selbst verantwortlich. — Noch ein Wort über den Fall in Tilsit. So sehr ich auch die Handlung des betreffenden Ober-Postdirektors mißbillige, so bin ich doch geneigt, die That dieses Herrn in einem weniger schlimmen Lichte zu sehen, weil ich die Empfindung nicht unterdrücken kann, daß er geglaubt hat, im Sinne seines höchsten Vorgesetzten zu handeln. Wenn der Herr Staatssekretär hier wiederholt erklärt hat, er könne keinen Sozialdemokraten als Postbeamten dulden, und hier, soweit sein Ressort zur Verhandlung kam, Tag für Tag Krieg gegen die Sozialdemokratie führt, dann kann man begreifen, daß seine Untergebenen glauben in seinem Sinne zu handeln, wenn auch sie ihrerseits, wo irgend die Sozialdemokratie in Frage kommt, in der schärfsten Weise auftreten. In dem Anruf, der zum Theil verlesen wurde, kommt auch folgender Satz vor: ... Wir können unmöglich einem Rame wie Bräse, der sich auf die Sozialdemokratie stützt, unsere Stimme geben.“ Das also ist der springende Punkt. Uebrigens die Herren auf der Rechten sollten doch etwas vorsichtiger sein. Sie

haben es noch nie daran fehlen lassen, sozialdemokratische Stimmen zu nehmen, wo sie sie bekommen konnten. Denken Sie doch nur an Torgau-Liebenwerda, wo der konservative Vertrauensmann Bürgermeister Krüger zu dem sozialdemokratischen Vertrauensmann Lam und um die sozialdemokratischen Stimmen bei der Stichwahl bettelte. (Sehr gut! links.) Freilich in der Weichselheit haben es die Konservativen noch nie sehr weit gebracht. (Weiterkeit links.) Uebrigens hoffe ich, daß es auf die Beamten im Lande nicht ohne Einfluß bleiben wird, wenn sie sehen, wie sie hier von ihrem Vorgesetzten desavouirt werden. Der Reichstag aber kann sich eine Stellung der Subordination, wie sie ihm vom Herrn Staatssekretär angewiesen ist, nun und nimmermehr gefallen lassen. (Weifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Pöbbecke:

Ich habe nicht daran gedacht, den Reichstag zur Subordination zwingen zu wollen. Meine Ausführungen richteten sich nur dagegen, daß mir hier über die Ausübung der Dienstzeit Vorschriften gemacht wurden. Ich bin bereit, jeden Fall hier offen und ehrlich zu behandeln, aber das ist ein anderer Ding, als wenn der Reichstag mir hier über die Ausübung der Dienstzeit, d. h. darüber, welches Strafmaß ich in irgend einem Falle anged. Vorschriften macht. — Herr Singer hat gesagt, ich wolle mich aus einer Schlinge ziehen. Ich habe von vornherein gesagt, daß ich die Straffestufung nicht einer untergeordneten Behörde überlassen habe, sondern sie persönlich vorgenommen habe, um persönlich hier Rede und Antwort zu sehen. Ich habe also nie das Bestreben gehabt, mich aus einer Schlinge zu ziehen, sondern trete voll und ganz für alles ein, was geschehen ist. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Lieber (Z.): Daß der Reichskanzler für alles verantwortlich ist, was im Deutschen Reich geschieht, hat Herr Singer zwar gesagt, aber sicher selbst nicht gemeint. Die Thaten der Sozialdemokratie z. B. sind wohl der Ruhm des Herrn Singer, (Weiterkeit) der Reichskanzler dürfte aber schwerlich für sie verantwortlich sein. — Herr Lenzmann hat heute wieder von dem parlamentarischen Vorgehen des Herrn Staatssekretärs gesprochen. Ich muß sagen, daß ich gerade die soldatische Aufrichtigkeit und Offenherzigkeit des Herrn von Pöbbecke uns gegenüber außerordentlich hoch schätze und wünsche, sie möchte überall in den parlamentarischen Verhandlungen vorhanden sein. (Bravo.) Herr Lenzmann hat dann weiter den Strom der Zeit an der Stimmlode gepackt (große Weiterkeit) und einen Fall hier vorgebracht, der noch nicht abgeschlossen ist. Das ist ein recht bedenklicher Vorgang. Was jetzt ist es illus in Reichstag gewesen, derartige Fälle erst vorzubringen, wenn wir hier jemand lassen können, der die Entscheidung getroffen hat. (Sehr richtig!) Herr Singer hat für den Tilsiter Fall allein den Herrn Staatssekretär verantwortlich gemacht, nach meiner Meinung könnte man aber ebenso auf die Schuld auf die maßlosen Angriffe der Sozialdemokratie gegen die Verwaltung namentlich des Reichspostamtes schieben. Diese Angriffe können pflichttrene Vorgesetzte wohl dazu treiben, im Uebermaße etwas zu scharf vorzugehen. — Auch der Angriff des Herrn Singer gegen Herrn Wassermann war nicht berechtigt; es steht ja nichts im Wege, den Antrag in der Kommission auf alle Beamtenkategorien zu erweitern; wir werden das dort auch thun. (Weifall in der Mitte.)

Staatssekretär v. Pöbbecke wiederholt, daß er dem Tilsiter Postdirektor sein ernstes Mißfallen ausgesprochen habe und daß er nun unverweilt auch die Untersuchung über den von Lenzmann mitgetheilten weiteren Fall einleiten werde.

Abg. v. Kardorff (Sp.)

erwidert dem Abg. Singer, daß der Torgauer Bürgermeister sofort vom konservativen Wahlverein desavouirt worden sei. Der Mann war vollständig englisch, auch bürgerlich, denn er wurde später zu Gefängnis verurtheilt. Der Schluß des Abg. Singer, daß wir konservativ und sozialdemokratische Unterstützung gefallen lassen, ist also unberechtigt. (Widerspruch links.) Ja, meine Herren, Sie haben doch in Ihrer Partei auch schon schwarze Schaafe gehabt.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Ich kann dem Abg. v. Kardorff aus meinem eigenen Wahlkreise mittheilen, daß der konservative Kandidat, ein früherer Landrath, zwei sozialdemokratische Vertrauensmänner in seine Equipage heraufgeholt hat, um Stimmen gegen mich zu werden. (Weiterkeit.) Die beiden Sozialdemokraten sind dann aus der Partei ausgeschlossen worden. (Weiterkeit.) In der Sache selbst ändert das aber nichts.

Abg. Dr. v. Levetzow (L.):

Den vom Abg. Müller angeführten Fall kenne ich nicht, ich bin aber überzeugt, daß er sich so nicht verhält, wie ihn der Abg. Müller vorgetragen hat. Ich erkläre Namens aller meiner politischen Freunde, daß wir niemals ein Bündniß mit den Sozialdemokraten eingegangen sind oder eingehen werden. Wer von uns das thun sollte, würde desavouirt werden. (Weifall rechts.)

Die Diskussion ist geschlossen. Der Antrag Wassermann wird der Budgetkommission überwiesen, der Titel genehmigt.

Die die Oberpostassistenten, Assistenten u. s. w., sowie die Stellenzulagen für dieselben behandelnden Titel werden an die Budgetkommission zurückerwiesen, da zu denselben neue Materialien eingegangen sind, die der Kommission noch nicht bekannt waren.

Beim Titel Telegraphengehilfen und Fernsprechgehilfen wird

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) weitergehende Einstellung von weiblichen Hilfskräften; vor allem sei es unzulässig, solche weiblichen Kräfte, wie dies geschehen, ohne Gehalt zu beschäftigen.

Unterstaatssekretär Fritsch erwidert, daß die Gehilfen bei ihrer Einstellung davon unterrichtet werden, daß sie während ihrer Ausbildungszeit kein Gehalt beziehen werden; das sei eine notwendige Maßregel; wenn sich die Gehilfen bewähren, werden sie ja nachher mit Gehalt angestellt.

Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (Hospitalant bei den National-Liberalen) spricht seine Freude darüber aus, daß überhaupt Frauen im Postdienste angestellt werden.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) rügt das Mißverhältnis zwischen den zur Ausbildung einkaufenden und den fest angestellten weiblichen Telegraphenbeamten.

Staatssekretär v. Pöbbecke: Wir müssen natürlich die Damen erst für den Dienst ausbilden, ob sie dann angestellt werden, hängt von den Balancen ab. Wer einmal ausgebildet ist, kommt bei Balancen zuerst an die Reihe. Wir berufen natürlich auch nicht Laufende umhül ein.

Abg. Stöcker (Christlich-Sozial) befragt die weitere Beschäftigung weiblicher Personen im Postwesen.

Abg. Viehmann (Antik.): Die Frauen werden meist als billigere Arbeitskräfte verwendet, um männliche Beamte überflüssig zu machen. Das muß gemüßigt werden. Geht das so weiter, so werden bald alle männlichen Beamten und auch der Staatssekretär durch Frauen ersetzt sein. (Weiterkeit.)

Abg. Müller (natl.): Wenn irgendwo Stellen für Frauen geeignet sind, so beim Telephondienst. Jeder schätzt sich glücklich, wenn er mit einer Telephonisten zu thun hat und nicht mit einem Telephonisten. Sie passen besser auf und sind freundlicher. (Weiterkeit.)

Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (Wildlib.): Die Beschäftigung von Frauen im Post- und Telegraphendienst erfolgt auf ausdrücklichen Wunsch des Reichstages. Wir danken dem Reichskanzler, daß er dem Wunsch des Reichstages nachgegeben ist. (Weifall.)

Der Titel wird bewilligt. Die Titel 25 und 26 betreffen die Unterbeamten und Landbriefträger und bringen die Erhöhung des Wundstgehaltes der vom 1. April 1895 ab angestellten Unterbeamten auf 900 M. und

die Erhöhung des Weistgehalts der Landbriefträger von 900 M. auf 1000 M., beides in Uebereinstimmung mit der vom Reichstage bei Beratung des Etats für 1898 beschlossenen Resolution. Für einzelne Unterbeamten sind Ortszulagen eingestellt.

Abg. Stöcker (Wildlib.) ist mit dieser Erhöhung des Gehalts der Unterbeamten sehr einverstanden.

Abg. Dr. Lieber (Z.):

Mit der Inaussichtnahme von Zehnerzulagen geht die Regierung durchaus nicht über die Wünsche des Reichstages hinaus. Derartige Zehnerzulagen sind eine Forderung ausgleicher Berechtigung. Kann doch kein Beamter den Ort des Dienstes selber wählen.

Titel 25 und 26 werden bewilligt.

Beim nächsten Titel fragt

Abg. Singer (Soz.)

an, ob es richtig sei, wie die Zeitungen melden, daß der vor mehreren Jahren in einer Resolution niedergelegte Wunsch des Reichstages auf Trennung des Wohnungsgeldzuschusses vom Militärsektariat auf lange Zeit noch unerfüllt bleiben werde.

Schatzsekretär Fehr v. Thielmann:

Die Erhebungen und Berechnungen haben ergeben, daß vorläufig sich im Großen und Ganzen die Bedingungen des Servis und die Bedingungen des Wohnungsgeldzuschusses sich decken. Doch sind die Verhandlungen noch nicht endgültig abgeschlossen und es schweben mit den beizuliegenden Ressorts weitere Verhandlungen, deren Abschluß in allernächster Zeit allerdings noch nicht zu erwarten ist.

Abg. Dr. Lieber (Z.) giebt eine Uebersicht über die damaligen Verhandlungen des Reichstages und wünscht die baldige Einbringung einer Tarifvorlage.

Abg. Singer (Soz.): Ich stimme den Ausführungen des Herrn Lieber bei und will nur hinzufügen, daß der Reichstag damals entgegen der Regierungsvorlage die Revision des Servisgesetzes statt früher auf zehn Jahre auf nur fünf Jahre festgesetzt hat. Ich glaube mit dem Herrn Dr. Lieber, daß der Reichstag sich nicht noch einmal dazu hergeben wird, das Servisgesetz zu verlängern.

An der weiteren Debatte theilnehmen sich noch die Abgg. Dr. Müller-Sagan und Dr. Sattler.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Postagenten“ befürwortet

Abg. Prinz zu Schönau-Carolath für diejenigen Postagenturen, deren Betrieb von Jahr zu Jahr steigt und deren Einnahmen immer stärker werden, eine höhere Entschädigung als die bisher gezahlte. Auch die Zahlung einer Abfindungssumme an Agenten, die ihre Thätigkeit einstellen müssen, weil die Agentur zu einem Postamt dritter Klasse umgewandelt werden muß, sei wünschenswert.

Unterstaatssekretär Fritsch: Die Postagenturen werden nur in der Nebenbeschäftigung verwaltet. Die Verwaltung lasse das größtmögliche Wohlwollen walten, ja die Umwandlung werde im Interesse der Person des Agenten oft hinausgeschoben.

Die Diskussion wird geschlossen, der Titel bewilligt.

Beim Titel „Posthilfsstellen“ befürwortet

Abg. Singer (Soz.):

daß die für Hilfsleistungen von Unterbeamten ausgesetzten Summen in analoger Weise auch für die Landbriefträger ausgesetzt werden möchten. Warum die Landbriefträger hier übergegangen sind, verstehe er nicht. Er spricht weiter die Bitte aus, für die Unterbeamten einen Normal-Arbeitszeit einzuführen, 70 bis 100 Stunden Arbeit in der Woche sind zu viel und die Arbeitszeit muß verkürzt werden, selbst auf die Gefahr der Nebenbeschäftigung von Beamten hin. Die Mühsucht auf einen Einnahme-Ausfall darf hier nicht maßgebend sein, und in diesem Falle wird selbst der Staatssekretär den Einnahme-Ausfall nicht als Gegengrund anführen. Mehr wie 9 Stunden sind vom Uebel. Mehr darf die Post ihren Beamten nicht zumuthen. In der Industrie ist schon fast allgemein ein neun- bis zehnstündiger Arbeitstag eingeführt. Die Post ist auch ein industrieller Betrieb und der Staat hat die Pflicht, den Privatbetrieben mit gutem Beispiel vorzugehen.

Direktor im Reichs-Postamt Dr. Wittke:

Die Verkürzung der Arbeitszeit für die Unterbeamten unterliegt der Erwägung im Reichs-Postamt und binnen kurzem dürfen neue Vorschriften erlassen werden. Die Landbriefträger erfreuen sich nach wie vor wohlwollendster Fürsorge. Ihre tägliche Wegeleistung ist auf 25 Kilometer herabgemindert worden, sie sind von jedem Nachdienst befreit, können sich also über zu große Anstrengung nicht beklagen. Im Etat finden sich auch diesmal wieder Mittel für Aufbesserungen, die den Landbriefträgern zu Gute kommen sollen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Die Erklärung des Vertreters der Postverwaltung stimmt mit meinen Informationen nicht. Wir sind Fälle bekannt, wo Landbriefträger, nachdem sie von ihrem Gang zurückgekommen waren, zu allen möglichen Dienstleistungen herangezogen worden sind.

Der Titel wird hierauf bewilligt.

Beim Titel „Meiderlassen“ theilt

Staatssekretär v. Pöbbecke mit, daß ein lang gehogter Wunsch in Erfüllung gehe und für die Landbriefträger eine neue Sommerbekleidung angeschafft werde. (Bravo!)

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Ordinariums. Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr (außerdem steht auf der Tagesordnung die Novelle zum Bankgesetz.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

lokales.

Die Parteigenossen des V. Berliner Wahlkreises werden darauf aufmerksam gemacht, daß heute Abend im Saale des Handwerkervereins, Sophienstr. 15, eine Versammlung stattfindet, in der Richard Fischer über die politische Lage sprechen wird.

Der Vertrauensmann.

Das städtische Badewesen

befindet sich seit einigen Jahren in einem merkwürdigen Aufschwünge. Die Deputation für das Turn- und Badewesen ist bemüht gewesen, den Unbemittelten und besonders den Schulkindern die Benutzung der städtischen Bade-Einrichtungen durch Ermäßigung oder Erlass des Eintrittspreises zu erleichtern, und hat dadurch eine erfreuliche Steigerung der Frequenz bewirkt. Im Jahre 1897/98 (bezw. 1898/97) waren 16 (16) Bäder-Wadeanstalten mit 21 (21) Bädern in Betrieb. Von den Bädern waren 11 (9) für männliche, 9 (9) für weibliche Personen und 1 (1) zur abwechselnden Benutzung durch beide Geschlechter bestimmt. Es gaberten 725 188 (638 050) männliche, 392 301 (360 880) weibliche, zusammen 1 117 489 (998 930) Personen, davon 826 917 (652 450) gegen Zahlung und 490 572 (446 480) frei. Die Zunahme der Frequenz gegenüber dem Vorjahre ist, nach dem Verwaltungsbericht pro 1897/98, zum Theil zurückzuführen auf die Eröffnung einer neuen Männer-Anstalt mit zwei Bädern (im Werder'schen Röhlengraben) und auf den längeren Betrieb zweier Frauenanstalten mit zusammen zwei Bädern (an der Ebertsbrücke). Außerdem ist aber eine nicht unbedeutende Zunahme in den beiden Bädern (für Männer bezw. Frauen) der Anstalt an der Ewerstraße eingetreten, was der Bericht als eine Rückwirkung der schon 1896/97 hier eingeführten Ermäßigung des Eintrittspreises ansieht. Freikarten zur Benutzung der städtischen Fließ-Bade-Anstalten wurden rund 28 000 (Vorjahr: 26 882) durch die Armen-Kommissionen und durch die städtische Wasserverwaltung an

Unbemittelte aufgeben. Die Pöglings mehrerer Knaben- und Mädchenhorte, der Ferien- Kolonien, des französischen Waisenhauses u. s. w. erhielten, wie in den Vorjahren, freien Zutritt ohne besondere Karten. In der Kuffst hinter der Wälfenstraße haben seit Sommer 1896 auch die Klassenweise badenden Gemeindegelübten sämtlich ohne weiteres freien Zutritt. In den beiden städtischen „Wald- u. Bade-Anstalten“ (Thurnstraße und Schillingstraße) haben 530 283 (493 371) männliche, 163 767 (146 888) weibliche, zusammen 694 050 (639 259) Personen. Diese Anstalten sind Warm-Bade-Anstalten, sind das ganze Jahr geöffnet und geben Bädern, Wannen- und Brausebäder. Besonders Brausebäder werden in immer größerer Zahl verlangt. Freibäder giebt es in den Warm-Bade-Anstalten leider nicht. Seit Januar 1897 haben aber wenigstens die Kinder benachbarter Gemeindegelübten zu bestimmten Tageszeiten, doch nicht am Sonnabend und Sonntag, für Schwimmen- und Brausebäder Ermäßigung — eine Maßregel, deren Wirkung damals sofort in einer erheblichen Frequenzzunahme herabtrat und 1897/98 fortgedauert hat. In den Anstalten des „Berliner Vereins für Volksbäder“ (Wallstraße und Gartenstraße), über die gleichfalls von der städtischen Deputation für das Turn- und Badewesen berichtet wird, weil die Stadt durch Vergabe der Grundstücke und eines Baugeländes daran beteiligt ist, badeten 181 467 (181 889) Männer, 51 623 (54 428) Frauen, 64 (117) Schüler, zusammen 233 134 (236 494) Personen. Das finanzielle Ergebnis des städtischen Badewesens war 1897/98 erheblich besser als 1896/97. Es brachte, den städtischen Anteil am Ueberflusse der Vereinsanstalten mitgerechnet, eine Mehreinnahme von 39 517 (27 145) Mark.

**Aus der Gesellschaft.** Eine neue Verhaftung in der Spieleraffäre wird vom „Berl. Tagebl.“ gemeldet: Verhaftet und in das Noabiter Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurde der Regierungsrat und Leutnant der Reserve v. Kähler. Derselbe gehörte mit den beiden bereits verhafteten Graf Egloffstein und v. Kröcher zu dem fünfgliedrigen „Direktorium“ des Klubs der Harmlosen. Auch v. Kähler steht in erster Linie unter dem Verdacht des gewerblichen Glückspiels. Er war persönlich nicht so sehr hervorgetreten wie v. Kröcher, ist aber ein naher Freund desselben und gilt in den Kreisen der Eingeweihten als „Orakel“ und „Meister“ des v. Kröcher. Beide hatten luxuriös eingerichtete Wohnungen in der Nähe des Thiergartens, und beide machten durch ihre Beziehungen zu den elegantesten „Damen“ der Halbwelt viel von sich reden.

Wie wir vernehmen, hoffen die verhafteten Edelsten und Besten, daß sie zu ihrer Verteidigung das Dogma von der Erbsünde nachdruckvoll geltend machen können.

**Der Vater** des in der Spieleraffäre verhafteten Leutnants der Reserve Hans v. Kröcher erschien gestern im Kriminalgerichtsgebäude, um unter Assistenz des Rechtsanwalts Dr. Schwandt sowohl bei dem Untersuchungsrichter Landgerichtsrath Herze als auch bei dem Oberstaatsanwalt Schritte zur Haftentlassung seines Sohnes zu thun. Diese Schritte waren bisher vergeblich. Wie unvernünftig dem Verhafteten seine Festnahme genommen ist, geht daraus hervor, daß mit der edlen Dreifaltigkeit, die seinesgleichen eigen, er erst ganz kürzlich dem Rechtsanwalt Dr. Schwandt den Auftrag erteilt hatte, gegen die wenigen Zeitungen, die angebetet hatten, daß er in die Spieleraffäre verwickelt sei, Klagen vorzubringen. Die Situation hat sich nun jäh geändert und der für die Aggression ausgewählte Sachwalter ist plötzlich in die Lage gekommen, die Vertheidigung des so wenig standesgemäß behandelten Mannes zu übernehmen.

**Keine Polizei-Kertin.** Man berichtet: Die beabsichtigte Anstellung eines weiblichen Hilfsarztes bei der Berliner Sittenpolizei zur Untersuchung der zum ersten Male Eingekerkerten soll, wie wir erfahren, vorläufig aufgegeben worden sein. Das Polizeipräsidium gedachte durch diese Einrichtung unliebsamen Vorkommnissen, wie sie im abgelaufenen Jahre mehrfach die öffentliche Meinung erregten, vorzubeugen bzw. das Feindliche der Untersuchungsprozedur zu mildern. Der Plan ist jedoch unvorhergesehen gerade bei den Berliner Frauenvereinen auf entschiedenen Widerstand gestoßen. Es wurde die Meinung laut, daß sich keine Kertin dazu hergeben dürfe, an dem die ganze Frauenwelt herabwürdigenden Institut der Sittenkontrolle mitzuwirken. Daß die Berliner Frauenorganisationen mit dieser Auffassung ziemlich isoliert dastehen, beweist der Umstand, daß erst in letzter Zeit, gerade auf Ansuchen der Frauenvereine in anderen Ländern, z. B. in Schweden, nicht allein der ärztliche, sondern auch der Strafenkontrolldienst bei der Sittenpolizei, unter voller Aufrechterhaltung der bisherigen Einrichtungen, weiblichen Beamten übertragen worden ist. — Die bürgerliche Frauenbewegung in Berlin hat schon mit mancher Thorheit aufgewartet, und somit kann auch die neueste Leistung kaum Wunder nehmen. Lächeln muß man allerdings über die Annahme, daß der Polizeipräsident wegen des Widerwillens der Frauenrechtlerinnen von der angeblich beabsichtigten Neuerung abgelenkt sei.

**Der Rechtsanwalt Salomon** ist hier auf Veranlassung der hiesigen Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Vor sieben Jahren floh er von Berlin wegen verächtlicher Schwindeln nach Zürich, wo er jetzt ebenfalls mit dem Wein und Wein in Konflikt gerathen sein soll.

**Der Direktor der Igl. Sternwarte,** Professor Förster, erstattet im Kommunalblatt Bericht über die Leistungen der städtischen Normaluhren für das Jahr 1896. Für fünf von diesen sechs Uhren kam der Bericht recht günstig lautend, denn bei der Uhr am Moritzplatz, am Spittelmarkt, am Potsdamer Thor, am Oranienburger Thor und in der Lindenstraße ist keine einzige Unterbrechung oder Störung vorgekommen. Nur die Uhr am Hade'schen Markt hat eine größere Anzahl von Störungen erfahren.

**Den am wenigsten beendenswerthen Posten von allen Beamten der Stadtbahn** haben die Kontrollschaffner an den Aufzügen zu den Bahnsteigen wegen der ständigen Zugluft, in der sie ihren Dienst versehen müssen. Auch die Stadtbahnverwaltung scheint dies jetzt einzusehen. Um den Beamten wenigstens den notwendigsten Schutz zu gewähren, hat sie bei einzelnen Aufzügen an den Standplätzen der Schaffner Windschirme und ähnliche Vorrichtungen anbringen lassen. So anerkennt man dies ist, so muß doch bedauert werden, daß die Maßregel eben auf einzelne Aufzüge beschränkt geblieben und nicht allgemein durchgeführt ist. Insbesondere an den Bahnhöfen Savignyplatz und Zoologischer Garten dort am Ausgang von der Hardenbergstraße, ist eine solche Schutzvorrichtung dringend nötig. Der letztere Ausgang ist der seine Windschutz.

**Bei der städtischen Haupt-Sitzungsstube** sind im Januar 1899 an Vermächtnissen und Geschenken re. 7057 M. eingegangen.

**Der gestrige Sonntag** brachte den Wächtern der natürlichen Eisbahnen die erste Einnahme in diesem Winter. Die Seen in der Umgegend Berlins waren infolge des Frostes in der Nacht zum Sonntag mit einer wiegelartigen Decke tragbaren Eises überzogen, das die Schlittschuhläufer in großen Scharen hinaus ins Freie lockte. Besonders stark besucht waren der Halensee und der Müggelsee. Auf dem Müggelsee wurde neben dem Schlittschuhlaufen auch der Sport des Fahrens mit Eisschlitten gepflegt. Die künstlichen Eisbahnen im Innern und an der Peripherie der Stadt sowie in den Vororten waren fast sämtlich überfüllt. Auf den Gewässern der Havel, der Spree und des Neuen Sees im Thiergarten hatte das Eis ebenfalls die nötige Stärke erreicht, doch durfte es am gestrigen Sonntag von Schlittschuhläufern noch nicht betreten werden, da noch nicht die polizeiliche Abnahme erfolgt war.

**Ein neuer D-Zug Berlin-Niel** soll dem Vernehmen nach vom 1. Mai d. J. ab eingerichtet werden. Der Zug wird über Lübeck-Cutin laufen und sich in Hagenow an die bereits bestehenden nachmittags-D-Züge Berlin-Hamburg anschließen.

**30 neue Baustellen** sind auf dem Vorflutigen Fabrikterrain in Noabit zwischen Calvin- und Kirchstraße angelegt worden. Sämtliche Baustellen liegen an dem neuen Theile der Thomaststraße und dürften so schnell noch nicht verkauft werden. Weitere Straßenanlegungen oder Verlängerungen über das Vorflutige Terrain stehen vorläufig nicht in Aussicht.

**Der Inhaber** des in der Potsdamerstr. 1 etablirten Bankgeschäfts Sally Elias wird seit gestern vermißt. Das Geschäft, welches er mit einem älteren Bruder Eduard Elias gemeinsam führte, ist in der letzten Zeit zurückgegangen, und wurde am Sonnabend Nachmittag geschlossen. Seit dieser Zeit ist Sally Elias verschwunden. Das 33. Polizeirevier, welchem die Potsdamerstraße untersteht, hatte Vorfrage getroffen, einen eventuellen Aufbruch von Gläubigern vor dem geschlossenen Bankhause zu verhindern. Diese Vorfrage muß die geängstigten Gläubiger ungemein beruhigt haben.

**Stadtsstatistik.** Im städtischen Obdach befanden sich am 1. Januar d. J. 41 Familien mit 123 Personen, darunter 17 Säuglinge und 65 Einzelpersonen. Am 1. Februar war der Bestand 42 Familien mit 128 Personen, darunter 23 Säuglinge und 91 Einzelpersonen. Das Asyl für nächtliche Obdachlose daselbst besaß im Laufe des Monats Januar 44 239 Personen, und zwar 43 318 Männer und 921 Frauen. Von diesen wurden 13 dem Krankenhaus Friedrichshain, 32 dem Krankenhaus Noabit, 16 der Charité, 6 den Anstalten Herzberge und Ruhlgarten und 193 der Hilfskrankenanstalt des Obdachs überwiesen, 372 (369 Männer, 3 Frauen) der Polizei vorgeführt. Gebadet haben während des Monats Januar im Obdach 17 998 Personen.

**Ein Kind vom Feuerode gerettet** hat die Feuerwehr Montag Nachmittag gelegentlich eines Kellerbrandes, der Brunnenstraße 22 abzulösen war. Dort betreibt der Hauseigentümer Robert Galan ein Kolonialwaren- und Möbelgeschäft. Der Keller ist zur Verfertigung für Kolonialwaren eingerichtet, in der Zeit der Katastrophe drei Gesellen arbeiteten, während die kleine 5-jährige Frieda Galan in einem Winkel spielte. Frau Galan ging gegen 4 Uhr zur Küche, um Kaffee für die Gesellen zu holen. Als sie bei ihrer Rückkehr den Hof betrat, säumten die Gesellen aus dem Keller und schrien Feuer. Keiner derselben hatte in der Verwirrung des Kindes gedacht. Frau Galan stand einen Augenblick wie versteinert, dann entglitt das Kaffeegeschäß ihren Händen, und mit dem Aufschrei: „Mein Kind! Mein Kind!“ stürzte sie zur Kellertür, aus der dicker, erstickender Qualm hervorbrach. Der Todesgefahr nicht achtend, drang sie durch Flammen und Rauch in den Keller und wühlte in den dort lagernden Bergheusen, doch schon nach wenigen Sekunden kam sie röchelnd und mit verbrauchtem Haat auf den Hof gestürzt, wo sie vor Erregung zusammenbrach. Da ein Bordring durch die Kellertür sich als unumgänglich erwies und der ganze Hof auch bereits in dicken Rauch gehüllt war, versuchten die Männer die Kellertür von der Seite zu durchbrechen. Bevor es aber hierzu kam, war Brandinspektor Becker mit einem Löschzug zur Stelle. In größter Eile beorderte er Sappeure, die mit Schlauchhelmen bewaffnet in den Keller drangen und das Kind zusammengekauert unter einer aufgerichteten Wanne vorfanden. Es hatte von Rauch sehr gelitten und außerdem im Gesicht und an den Händen starke Brandwunden davongetragen. Ein benachbarter Arzt nahm es sofort in Behandlung und hofft, daß es mit dem Leben davonkommt.

**In einer Drohke** hat sich in der letzten Nacht der 21 Jahre alte Bankbeamte Paul Rudat erschossen. Er war bei der Preussischen Pfandbriefbank beschäftigt und hatte trotz seines jugendlichen Alters schon seit drei Jahren ein Liebesverhältnis. Trotz des Einpruchs der Mutter hielt er treu an seiner Liebe fest. Am Sonntag hatte Rudat seine Frau und eine von ihren Freundinnen ausgeführt und Abends um 11 $\frac{1}{2}$  Uhr in einer Drohke nach Hause gebracht. Dann fuhr er mit dem Wagen nach seiner Wohnung. Vor dem Rebenhause hörte der Aufseher in seinem Gefährt einen Schuß fallen und bemerkte beim Nachsehen, daß sich sein Jagdgewehr in Revolverumschlag in den Kopf beibracht hatte. In einem Brief, den man bei der Leiche fand, sendet er der Mutter den letzten Gruß.

**Ein Revolverattentat** hat, wie erst jetzt bekannt wird, in der Nacht zum Sonnabend die 19-jährige Arbeiterin Tally in der Chausseestraße gegen ihren Geliebten, den Ingenieur W., unternommen. W. lernte die Tally vor etwa einem halben Jahre kennen, als sie noch Dienstmädchen war. Das Mädchen arbeitete dann kurze Zeit in der Chokoladenfabrik von Hildebrandt und in den Allgemeinen Elektricitätswerken. Da W. beobachtete, daß die Tally auch mit anderen Männern Umgang pflegte, sagte er sich von ihr los und ließ auch verschiedene Briefe derselben unbeantwortet. In voriger Woche kaufte die Tally einen Revolver, um ihren Geliebten zu tödnen. Freitag Abend benutzte sie den Augenblick, als Jemand aus dem Hause, in dem W. wohnt, heraustrat, um sich in dasselbe einzuschließen. Sie gelangte in das Zimmer des W. und hielt sich dort versteckt. Auch als W. nach Hause kam und sich zu Bett legte, kam sie nicht hervor. Im Laufe der Nacht gab sie zwei Schüsse gegen den Kopf ihres ehemaligen Geliebten ab, die den W. lebensgefährlich verletzten. Die Tally befindet sich in Haft.

**Nicht identisch** mit dem am Sonnabend verurteilten Kaufmann Julius Goldmann ist der Mitinhaber der Berliner Maschinenbau-Gesellschaft Schulz u. Co. Herr Julius Goldmann, An der Stadtbahn 1 wohnhaft.

**Vermißt** wird die 22-jährige Kassierin Anna Kunze, die bei einer Firma Jandorf beschäftigt war. Sie sollte am 28. v. M. vor dem Gewerbegericht einen Termin wahrnehmen, war aber von dem Rechtsanwalt benachrichtigt worden, daß die Sache erledigt sei. Trotzdem entsetzte sie sich am Morgen um 9 $\frac{1}{2}$  Uhr und ist nicht zurückgekehrt.

**Durch einen schweren Unglücksfall** kamen am Sonnabend drei Personen erheblich zu Schaden. Eine größere Anzahl Arbeiter war mit dem Abladen von Trümmern für die elektrische Straßenbahn auf dem Lagerplatz in Noabit beschäftigt. Akt Mann, die einen derartigen Pfeiler trugen, wollten ihn auf den Boden niederlegen, als einer der Arbeiter plötzlich ausglitt und niederstürzte. Infolge der hierbei entstandenen Erschütterung vermohten die übrigen Männer die Last nicht zu halten und der Pfeiler fiel zu Boden. Während die meisten Arbeiter noch rechtzeitig zurückspringen konnten, erlitten drei zum Teil erhebliche Verletzungen. Dem 32-jährigen Träger Kempinski wurde der rechte Unterschenkel zerquetscht; dem Arbeiter Reumann die Beine des linken Fußes abgequetscht. Die beiden mußten sofort nach dem Krankenhaus Noabit übergeführt werden. Der Arbeiter Both wurde an der rechten Wange getroffen und erlitt eine weniger gefährliche Verletzung.

**Feuerbericht.** Sonnabend Abend brannte Memelerstr. 40 das Ballenlager vor dem Ofen. Ein Alarm nach Landsbergerstraße 8 war durch die Explosion einer Petroleumlampe veranlaßt. Wesentlicher Schaden wurde nicht verursacht. Sonntag früh 6 Uhr hatte Väterstr. 2 der Fuhsboden und das Ballenlager Feuer gefangen, das der Wehr viel Arbeit verursachte, da das Lager in größerer Ausdehnung freigelegt werden mußte. Dasselbe war der Fall bei einem Ballenlager-Brand, der Montag früh Marienstraße 68 abzulösen war. Mittags gingen Schillingstr. 12 ein Posten Rügen in Flammen auf.

**Das Gastspiel** der Französin Yvette Guilbert, das am Sonnabend im Apollo-Theater begann, weckte von neuem das Gefühl der Bewunderung über die mehr als bescheidene Vortragskunst, die im Spezialitätentheater aus deutschen Reihen laut wird. Erotische Plattheiten, denen die Polizei jeden Stachel genommen hat, und Militärverherrlichungen, die sich natürlich ins Ungemessene ergehen dürfen, das ist die Durchschnittsware, die von heimischen „Soubretten“ und „Chansonetten“ mit kerndeutscher Unbeholfenheit serviert werden. Gewiß ist Yvette Guilbert auch in Frankreich eine Meisterin, der keine emhatische Aivalin entgegenkamte; aber selbst solche ihrer Landsmänninnen, die sich nie vernehmen würden, es der weltbekannten „Diseuse“ nachzutun, offenbaren in ihrem Auftreten eine Schlagfertigkeit, die man in unserer Muttersprache zum mindesten

aus Frauenmunde nie vernimmt. In ihren Vorträgen am Sonnabend ließ die berühmte Pariserin wieder das ganze Register ihrer Kunst spielen. In allen ist Yvette Guilbert groß und einzig. Sei es die schelmische Bspöttelung kleiner menschlicher Schwächen, sei es die Veranschaulichung der dunkelsten Nachtseiten des Lebens: diese feltstame Künstlerin weiß stets zu paden, durch die realistische Poese ihres unendlich ausdrucksreichen Vortrags. Schade, daß Yvette Guilbert wenigstens in Berlin eigentlich nur für die „vornehme“ Welt da ist!

**Der Verein von Freunden der Treptower Sternwarte** hält Mittwoch, den 8. Februar, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, seinen 13. Beobachtungabend ab. Es soll der Mars mit dem Heliometer beobachtet und ein Experimentalvortrag über das Wesen der Elektrizität gehalten werden.

**Orgelkonzert.** Unter Herrn Musikdirektor Otto Diemel wirken mit beim Orgelkonzert in der Marienkirche am Mittwoch, den 8. Februar, Mittags 12 Uhr: Komtesse Gertha von Hardenberg, Fräulein Marie Kabelewald, Herr Karl Meyer, Blohmist, und Herr Karl Wendt. Der Eintritt ist frei.

#### Aus den Nachbarorten.

**Der Verein Vorwärts zu Treptow** hält am Mittwoch Abend bei Lange, Baumhuldenstraße 32, eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Kartelle und ihre wirtschaftliche Bedeutung.“

**Im Frauen- und Mädchen-Bildungsverein zu Lichtenberg, Dorfstr. 2,** hält heute Abend Herr Dr. Winbaum einen Vortrag.

**Im Amtsbureau zu Nixdorf** ist gestern die Kabinettsordre eingetroffen, durch welche die Genehmigung zur Umwandlung unseres Vorortes in eine Stadtgemeinde erteilt ist. Die Nachricht wird ein neuer Ansporn für die Nixdorfer Parteigenossen sein, die Agitation für die in Aussicht stehenden Stadtverordnetenwahlen mit Eifer zu betreiben.

**Der neue Bürgermeister von Charlottenburg,** Herr Schusterhaus, hat seinen Beamten ein Fest gegeben, auf dem er u. A. sagte: „Vergessen Sie niemals, daß wir zu dienen haben, daß wir des Publikums wegen da sind und nicht das Publikum unsererwegen. Mit Aufmerksamkeit werde ich darauf achten, daß die Beamten dem Publikum gegenüber stets zuvorkommend, höflich und bescheiden sich verhalten. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Klagen über bürokratisches Wesen im Verkehr mit dem Publikum nicht vorkommen werden; andernfalls würde ich mit Strenge gegen diejenigen einzuschreiten mich genötigt sehen, aber die berechtigten Klagen nach dieser Richtung hin einkaufsen sollten. Andererseits seien Sie aber versichert, daß ich Ihnen stets zur Seite stehen und Ihre Rechte vertreten werde.“

Für den Fall, daß diese Worte ernsthafte Bedeutung behalten, wird sich ja bald zeigen, wie weit Herr Schusterhaus mit solchen Prinzipien durchzubringen im Stande ist. Es ist ja noch gar nicht lange her, daß ein angeblicher Erlaß König Friedrich Wilhelm's III., in dem vom preussischen Heere ungefähr dasselbe gesagt war wie hier vom Beamtenthum, im „Reichs-Anzeiger“ mit großem Nachdruck als apokryph bezeichnet wurde.

**Den Einsturz** eines Wohngebäudes haben die Kiesel-felderanlagen der Stadt Charlottenburg herbeigeführt. Sonntag Morgen, als die Bewohner des früher Schumann'schen Adergeschöftes in den Spandauer Weinbergen noch schliefen, geriet das Haus ins Wanken, gleich als wenn ein Erdbeben es heimlich hätte. Die Bewohner, Aderbürger Blümke mit seiner aus 5 Personen bestehenden Familie, erwachten und hörten gleichzeitig das Krachen zusammenstürzender Balken. Die Leute kehrten sich schnell nachdrücklich an und sahen, als sie heraustraten, daß der Dachstuhl nahezu eingestürzt war; die Wände zeigten Risse und neigten sich auf die Seite. Die alsbald benachrichtigte Polizei ordnete an, daß die Bewohner das dem völligen Einsturz nahe Haus räumen; das Gebäude ist polizeilich abgesperrt. Das Adergeschöft liegt unweit der Kieselfelder, deren Abflüsse das Erdreich in weiter Ausdehnung völlig unterspielt haben. Wenige Schritte davon liegt die Stadt Charlottenburg zur Ableitung der Kieselwässer in die Havel einen tiefen Graben ziehen. Auch hierdurch ist wahrscheinlich noch das Fundament des Gebäudes erschüttert worden. Dieser Vorfall hat natürlich einen neuen Entschuldigungsprozeß zur Folge.

**Das Ausschreiben** des Kreises Kellow soll nunmehr, vorbehaltlich der Zustimmung der Schöneberger Stadtverordneten, zum 1. April d. J. vor sich gehen. In einem fechten zwischen dem Landrath des Kreises, Stubenrauch, und dem Magistrat von Schöneberg vor dem Bezirksauschuss in Potsdam abgeschlossenen Vertrage verpflichtet sich Schöneberg, am 1. April an den Kreis 1 400 000 M. oder 150 000 M. weniger, als bisher vom Kreise gefordert worden, als Abfindungssumme zu zahlen. Schöneberg verzichtet vor diesem Zeitpunkt ab auf weitere Anrechte am Aktivvermögen des Kreises. Für Unterhalt der Krankenhäuser Brüg und Lichterfelde ist für Schöneberg ein Einheitsfuß aufgestellt, wonach für Verpflegung, Heil- und Generalkosten 240 M. pro Person und Tag zu zahlen sind. Die Unterhaltungskosten für Chausseen re. sind von 30 000 M. auf 20 000 M. pro Jahr ermäßigt. Dies bringt eine Ersparnis von 250 000 M. mit sich. Jedoch ist Schöneberg berechtigt, diese jährliche Entschädigung mit dem Pfandbetrag, also durch Zahlung eines Kapitals von 500 000 M. abzulösen. Nicht man die immer mehr anwachsende Schuldenlast des Kreises Kellow in Betracht, so kann man, trotz dieser großen finanziellen Opfer, das Ausschreiben Schönebergs aus dem Kreise nur mit Freuden begrüßen. Die Stadtverordneten Schönebergs werden sich mit dieser wichtigen Frage morgen beschäftigen.

**Aus Friedrichshagen** schreibt man uns: Die Vereinigung zur Hebung und Verschönerung Friedrichshagens ist eifrig bestrebt, durch Interatenaufträge und redaktionelle Hinweise in den größeren Berliner Zeitungen sowie durch sonstige Helfens die Vorzüge und Annehmlichkeiten des Ortes zu empfehlen. Zur Bequemlichkeit der Wohnungsuchenden sind Wohnungsanzeigen errichtet. Sammlungen werden unter den Einwohnern veranstaltet; zwanzig Herren haben sich bereit erklärt, die Sammlungen zu leiten. Die Geschäftsleute, Gewerbetreibenden, Grundbesitzer wie auch Arbeiter werden ermahnt, die Sache zu fördern und ein offenes Herz und eine offene Hand zu haben, denn sie selbst werden die Früchte ernten.“ So löblich auch das Bestreben der Vereinigung ist, den Ort zu heben und zu verschönern, die Arbeiter werden sicher dabei leer ausgehen. Den Vorteil von einem stärkeren Zug haben doch nur die Herren Haus- und Grundbesitzer. Der Werth ihrer Grundstücke steigt, und die Preise der kleinen Wohnungen werden bald unerträglich sein. Mögen die Herren darum nur recht tief in den eigenen Beutel greifen. Die Arbeiter, die überwiegend Arbeiter sind, lasse man ungeschoren. — Der im vorigen Jahre hier ansässig gewesene Gärtnergehilfe und Gärtnerammler Adolf Wolf und seine Geseftin Anna Wolf sind wegen betrügerischer Handlungen vom hiesigen Schöffengericht zu Geldstrafen verurtheilt worden. Leider hat das Ehepaar bei seinem plötzlichen Fortzuge vergessen, den armen von ihnen beschäftigten Schültern den verdienten Arbeitslohn zu zahlen.

**Aus Spandau** wird berichtet: Ebenfalls, um dem Austritt aus der Landeskirche vorzubeugen, haben die kirchlichen Aderpächter der evangelischen Gemeinde in Spandau eine baldige Parabelung der zunächst auf 12 $\frac{1}{2}$  pCt. bemessenen kirchlich eingeführten Kirchensteuer in Aussicht gestellt; auch ist es wahrscheinlich, daß sie nach einigen Jahren gänzlich wieder aufgehoben werden kann, da die Kirche in der Lage ist, für größere Landereien, nach denen bedeutende Nachfrage ist, ungefähr eine halbe Million Mark zu vereinnahmen. Warum hat denn die Kirche nicht vorher an die halbe Million gedacht? Jetzt wird die durch ihre Maßnahmen hervorgerufenen Bewegung schwerlich rückgängig zu machen sein. Man weiß doch zur Genüge, wie wenig Reizung die Arbeiterbevölkerung im Allgemeinen

Fat, für die ihr völlig entfremdete Kirche auch noch besondere Steuern aufzubringen.

Der Vertrag zwischen der Gemeinde Friedenau und der Großen Berliner Straßenbahn nebst der mit ihr in Verbindung stehenden westlichen Vorortbahn (früheren Dampfbahn) betreffs Einrichtung der letzteren für den elektrischen Betrieb, sowie über die Weiterführung der Strecke Alexanderplatz—Schöneberg bis Steglitz ist jetzt von beiden Theilen angenommen worden.

In Reinickendorf wird am Freitag bei Vötkcher, Markt 1/2, eine Volksversammlung abgehalten, in der Liebknecht über die wirtschaftliche Lage spricht.

### Gerichts- Zeitung.

Unter dem Juchthauskurs. Eine sehr strenge Bestrafung widerfährt dem Maurer Wilhelm Schröder aus Berlin, der sich gestern vor dem ersten Strafkammer am Landgericht II wegen Körperverletzung, wegen Nötigung durch Körperverletzung und wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu verantworten hatte.

Die beiden Hauptbelastungszeugen bestritten in der gestrigen Verhandlung ausdrücklich, daß einer der Angeklagten geschlagen habe. Trotz alledem kam der Gerichtshof zu einer Verurteilung.

Es ist ein eigentümliches Ding, jemanden, der augenscheinlich in dem Bewußtsein der Bedeutung des Eides die anfänglich im Unwillen abgegebene Aussage widerruft, zu bestrafen, daß er sich zum Meineid habe bereiten lassen.

Aus der Verhandlung sei noch die Episode bemerkt, daß der Vorstehende, als der Junge Wehge vor Gericht seine protokolllarischen Auslagen in Abrede stellte, folgendes sagte: „So geht das immer! Erst erlassen die Leute Anzeige, dann kriegen sie es mit dem Mißleid zu thun und dann soll Alles nicht wahr gewesen sein.“

Anarchistisches. Eine recht unklare Mittheilung wird von einer Gerichtsrespondenz verbreitet: Gelegentlich einer Hausdurchsuchung, welche in einer Verleumdungssache bei dem anarchistischen Schriftsteller Landauer vorgenommen wurde, fand man auch eine Nummer der „Post“ vom 1. März.

Soweit wir unterrichtet sind, geht es die hausdurchsuchende Polizei und ebenso das Gericht garnichts an, was für verbotene Zeitungen jemandem zugesendet werden, wenn nicht nachgewiesen werden kann, daß diese Druckschriften in Deutschland weiter verbreitet worden sind.

Aus Laurahütte, der bekannten Gründung des Herrn von Kardorff, erhalten wir eine Mittheilung, die abermals zeigt, wie verhältnismäßig milde ein Angehöriger der bürgerlichen Gesellschaft, der sich an Leib und Leben von Arbeitern schwer verging, bestraft wurde.

Man scheint im ober-schlesischen Industriebezirk die Errichtung von Neubauten nach ähnlichen Prinzipien zu betreiben, wie weiland das Gröden.

Vor dem Schwurgericht am Landgericht I begann gestern abends ein auf mehrere Tage berechneter Prozeß wegen betrügerischen Bankrotts und Betruges, bezw. Bestrafung zum betrügerischen Bankrott.

### Versammlungen.

Aldershof. Am 29. Januar tagte hier eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung, an der auch die anderen Gewerkschaften theilnahmen. Das Thema lautete: Der Streik bei Luge. Albrecht gab zunächst den Bericht über die Ursache des Streiks und verlas dann ein von Herrn Luge herausgegebenes Flugblatt, welches eine vollkommen richtige Darstellung des Streiks giebt.

bestimmte Mehrarbeit gezahlt erhielten. Herr Luge erklärte, man habe ihn 2 1/2 Jahr lang betrogen. Daran glaubt gewiß niemand, daß sich ein Fabrikant 2 1/2 Jahr lang betrogen läßt.

Charlottenburg. In „Dismardshöhe“ fand am 2. Februar eine gut besuchte Volksversammlung statt, in der Albert Rastin über den Zustand der Waidbruder im „Berliner Lokal-Anzeiger“ referirte.

### Vermishtes.

In dem Elberfelder Skandalprozeß gegen Dr. J. und Genossen wegen absichtlicher Untauglichmachung zum Militärdienst sind bereits dreihundertfünfzig junge Männer als Zeugen vernommen worden.

Im Dorfe Kengkerode hat sich ein trauriger Vorfall zugegetragen. Ein junger Bauernbursche besuchte in der Spinnstube seine Braut, ein junges Bauernmädchen. Dort spielte er mit dem Revolver, aus welchem alle Patronen bis auf eine zu Ehren des Kaisers Geburtstag verschossen waren.

Nach den vom „Bureau Veritas“ veröffentlichten statistischen Listen sind im vorigen Jahre (soweit es sich hat ermitteln lassen) 1516 Schiffe verloren gegangen und zwar 1154 Segelschiffe mit 402 112 Registertons und 362 Dampfschiffe mit 310 973 Registertons.

Durch einen Feldsturz wurde am Sonnabend bei Steinach der Verkehr auf der Brennerbahn unterbrochen, er konnte aber am Sonntag wieder aufgenommen werden.

Aus Saint Chamond (Dep. Loire) berichtet der Telegraph: Durch einen Sprengkörper, welcher von böswilliger Hand in dem Keller eines Hauses niedergelegt worden war, wurde in vergangener Nacht eine Explosion hervorgerufen, welche bedeutende Sachbeschädigungen verursachte.

Von der Wiege bis zum Grabe. Wir lesen im „Wiener Tageblatt“: Seit 1. Februar giebt es in Wien einen weiblichen Todtengraber. Der Stadtrat hat nämlich die Todtengraberstelle am Grinzinger Friedhofe der Wittve des bisherigen Todtengrabers verliehen.

Bei einem heftigen Sturme in Barrios (Provinz Cadix) wurden mehrere Personen durch einen Blitzstrahl getödtet und mehrere verwundet.

Advokatenstreik. Infolge eines Streites mit einem Richter des Gerichtshofes zu Alicante sind die dortigen Advokaten übereingekommen, von der Ausübung ihres Amtes Abstand zu nehmen.

Die ehelichen Pflichten im Bürgerlichen Gesetzbuch. Ein Jurist schreibt der „Frankf. Ztg.“: Im § 1901 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist von den Pflichten des Vormundes im Allgemeinen und von den Pflichten des Vormundes einer Ehefrau im Besonderen die Rede.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten. G. S. Um in Berlin O. B. am 2. zu werden, meldet man sich beim Verlagsbuchhandlung Schulz am Tempelhofer Ufer 29; Frauen aus dem Kreisgebiet des Potsdam melden sich bei ihrem Kreispräsidenten.

Ausbildung einzureichen. Sodann erhalten Sie Befcheid, ob Sie angenommen sind oder nicht, und werden im ersten Falle zu dem Kursus einberufen.

Die Eingekaufte enthält einige Belegblätter und kann deshalb in der Form nicht aufgenommen werden.

Die Redaktion hat leider niemand Zeit, mit Ihnen einen detaillirten Briefwechsel zu führen und anhergehalt unirezer Räume ist und gleichfalls keine Person bekommt, die dazu im Stande wäre.

Heinrichsdorfer. 10. Um Delfarbe aus dem Mantel zu entfernen, senkten Sie den Stoff an, reiben die Fleck wiederholt mit Terpentin oder Benzol ab, legen dann Filzpapier auf und trocknen heiß.

Gegen den Terrorismus des Druckerscheins giebt es weder ein gesetzliches noch ein ungesetzliches Abwehrmittel. Wie haben uns an seine lässlichen Ausdrückungen ärgerlich gewöhnt, und ertragen es darum auch mit vieler Fassung, daß er in der Sonntagsnummer in der „Kölnischen Volksstimme“ am Schluß die „Afrkaner“ heimlich in „Volkskammer“ verwanbelt.

### Witterungsbericht vom 6. Februar 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (Höhe mm)	Windrichtung	Wolkenlage	Temper. u. G. (° C.)	Stationen	Barometer (Höhe mm)	Windrichtung	Wolkenlage	Temper. u. G. (° C.)
Swinemünde	764	NO	3wolken	-5	Saparanda	745	NO	1	-14
Hamburg	766	NO	2wolken	-5	Petersburg	751	—	—	8
Berlin	764	NO	3wolken	-5	Kort	761	—	—	2
Wiesbaden	761	NO	2bedekt	1	Aberdeen	761	—	—	4
München	760	SE	4 Regen	2	Paris	757	O	2	4
Wien	758	NO	2 Regen	2					

Weiter-Prognose für Dienstag, den 7. Februar 1899. Trocken und vielach heiter, zeitweise wolbig bei mäßigen südöstlichen Winden; Nachts ziemlich strenger, am Tage gelinder Frost.

### Bereine und Gewerkschaften!

Empfehle mein Weich u. Bistritz-Bierlokal nach franz. Billard und Vereinszimmer für 40-50 Personen, auch geeignet für Zahlstuden.

G. Ladewig, Kommandantenstr. 65, nahe Alte Jakobstraße. Vereinszimmer (6000) zu vergeben, Schillingstr. 35a, Rest.

Großes Vereinszimmer zu vergeben (6200). Fichtestr. 24. Empfehle allen Genossen mein Vereinszimmer, auch zur Zahlstude, 6066 Rauner, Schillingstr. 24.

Wein-Restaurant wegen Verheirathung sofort zu verkaufen. Rietze 600 R., passend für Dame Gr. Präsidentenstraße 2.

Gut gehendes Schankgeschäft sofort billig zu verkaufen. Haberstr. und Dampferweg. Näheres P. Bergmann, Patenwälderstr. 3.

Destillation, 900 R. Rietze, treib, passend für Anfänger, anschließende Wohnung, zu verkaufen 872 R. Marienburgerstr. 9.

Die beste Cigarre kaufen Sie bei Binneböse, Schillingstr. 36.

Maschinenball-Schuhe und Stiefel werden billig verkauft. Sorauerstr. 25. 641 R.

5 1/4 Bld. Brot 50 Pfg. H. Albrecht's Bäckerei. Drangelstr. 9. Kranstr. 19.

Faldenstr. 28. Vankstr. 2. Zahn 1,50 M. Reparaturen 2 R. Schürerstr. 13.

Blomben 1 R. E. Fahrmann, Dentist, Schwedstr. 245 a. Ede Rohmann-Allee. 828 R.

Maschinen-Garderobe gr. Auswahl, solide Preise, empfiehlt Stenzel, Kottbuser Damm 8.

Dr. med. Schaper, prakt. Homöopath, Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Gyn., Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Sor. 6-1, 4-8. Schöneberger Ufer 25.

Homöopath. Poliklinik: Montag, Mittwoch, Sonnabend Ab. 7-8. Friedrichstraße 114. I. 1899 R.

Grüntraugeschäft 614 R. frankheitsballer zu verkaufen. Schwimmlehrerstr. 15.

Geschäft mit Hausverwaltung, Vergütung 640 R., inkl. Einnahme 80 bis 90 R., durch Todesfall zum Einrichtungspreis, 1000 R., veräußert. 606 R. Elm, Reanderstr. 16.

Rf. ein möbl. Zimmer. Off. unter Karl v. Feld, Brändstr. 8, 2 Tr. r.

### Achtung, Holzarbeiter!

Bei der Firma Fork, Kretzschmar & Co. Barnimstr. 13, (Magazin Jannowitz-Brücke), haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.

Zuzug fernhalten! Die Krisenverwaltung. Achtung! Holzarbeiter. Bei der Firma Carl Lutze (Aldershof) haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.

Zuzug ist fernzuhalten. Die Ortsverwaltung. Achtung, Glaschleifer! Der Streik bei der Firma Molcher, Oranienstraße 21, ist zu Gunsten der Arbeiter beigelegt.

Die Krisenverwaltung. Wamsells auf gute Capes und Kragen verlangt Grün, Jerusalemstraße 23, Hof 2 Tr. 597 R.

Wamsells auf schwarze Kragen und Capes sowie Garnkerimmen. 503 R. Schumann, Vangelstr. 16.

Arbeiterin für Taillen und Röde verlangt. 588 R. Hartmann, Grünstr. 21.

Unterrücke. 10 Stepperrücken auf Treppen-Schmücken, in und auherm Hause, auch anlernen, verlangt. 590 R. Sellackec, Gubenstr. 13.

Anwärterin, Vormittags, monatlich 15 R., verlangt. 596 R. Hartmann, Grünstr. 21.

Junger Mann, zum Bügeln, verl. Lambert, Bernauerstr. 49.

Wädchen, zum Knöpfen anlernen, verlangt. 600 R. Wamsells auf Jadeditts verlangt Hermann, Kottbuser Damm 100.

Lebige Schiller auf Eigentümerin werden gesucht. 616 R. Spindlerstr. 133.

Tüchtige Maschinen-Näherinnen für Schürzen verlangt. 615 R. Alfred Joseph, Kommandantenstr. 59, II.

Ältere Frau oder eingel. Wädchen tagsüber verlangt. 613 R. Bartel, Teltowerstr. 14.

Wamsells auf bessere Jadeditts verl. Teske, Andrastr. 48. 621 R.

Koloristen, auch Wädchen, zum Schindloniren, verlangt. 611 R. Sarendt, Aderstr. 66.

Wamsells auf Jadeditts im Hause verlangt. 620 R. Scheuche, Schulstr. 12.

Wamsells auf Johannes u. Jadeditts verlangt Thiele, Hüsterburgerstr. 5.

### Arbeitsmarkt.

Bleibige und frohbare Vermittler in Berlin und den Provinzen für Feuerversicherungen gesucht. Durch hohe Provision und Kostenanteil hoher Verdienst. 44-4 R.

Offerten sub J. V. 6935 Rudolf Mosse, Berlin SW.

Läufer, zuverlässige, auf Leipziger Maschinen, wollen sich melden bei Riefenstahl, Zump & Comp., Geschäftsbücherei, Holzmarktstr. 67.

Tüchtige Schraubendreher werden sofort verlangt. Kopsstr. 1.

Blumenfabrik. Arbeiterinnen, Wäscherinnen u. Sehmädchen finden sol. Beschäftig. bei Tramborg & Hölts, 568 R. Wabertstr. 8.

Fantastie-Federn. Geübte Arbeiterinnen finden dauernde und lohnende Beschäftigung im Hause Wilhelm Freystadt, Kommandantenstr. 60/61 II. 46/1

# Warenhaus A. Wertheim

Berlin, Leipzigerstr. 132/33 • *Versand-Abteilung* • *Proben u. Preislisten portofrei.* • Rosenthalerstr. 27/29, 54/55 • Oranienstr. 53/54

**Elsasser Renforcé,**  
ca. 82 cm breit, Meter 33 Pf.  
Stück von 20 Mtr. **6 Mk.**



**Elsasser Linon,** ca. 84 cm  
breit, Meter 42 Pf.,  
Stück von 20 Meter **8 Mk.**

**Bettsatin, modern. Streifenmust.,**  
ca. 84 cm, ca. 130 cm  
breit, Mtr. **50**, breit, Mtr. **80** Pf.

**Bettdamast,**  
in eleganten Mustern,  
ca. 84 cm breit, Meter  
ca. 130 cm breit,  
Meter **1.15** Mk.

**Dowlas und Cretonne**  
für Bettlaken,  
ca. 160 cm breit, Meter **95** Pf.

**Bettkörper,**  
rot/rosa gestreift, feder-  
dicht, ca. 84 cm breit, Mtr. **1** Mk  
ca. 130 cm breit,  
Meter **1.55** Mk.

**Negligé-Parchend,**  
glatt und gemustert,  
ca. 80 cm breit, Mtr. **60** Pf.

**Küchen-Handtücher,**  
grau Drell, Dutzend **2.80** Mk.

**Küchen-Handtücher,**  
Gerstenkorn,  
Dutzend 6, 4.50, **3.50** Mk.

**Stuben-Handtücher,**  
Dutzend 5.50, **3.75** Mk.

**Wisch-  
Tücher,**  
Dutzend  
3, **2.50** Mk.



**Staubtücher,**  
Dutzend 1.80 Mk., **95** Pf.

**Taschentücher.**  
Weiss Reinleinen,  
Dutzend 5, **3.50** Mk.

**Weiss Linon,**  
mit bunter Kante,  
Dutzend **1.80** Mk.

**Engl. Batist-  
Taschentücher,**  
mit buntem  
Hohlraum,  
Dutzend  
**2.75** Mk.



**Damenschleife,**  
farbiger Seiden-  
chiffon 90, **65** Pf.



**Damenschleife aus**  
plissiertem Seidenstoff **1.25** Mk.

**Nacken-Rüschen,**  
aus Maline-Spitze,  
Meter **33** Pf.

**Damen-Jabot**  
mit seidener Spitze  
**1.50** Mk.



**Taghemden,**  
Hemdentuch mit Spitze,  
Achselabschluss 1.75 Mk.,  
Priesenform **1.50** Mk.

**Taghemden,**  
Hemdentuch mit Hand-  
languette, Priesenform **1.60** Mk.

**Taghemden,**  
Hemdentuch mit  
handgestickter  
Passe **3** Mk.



**Nachtjacken,**  
Parchend mit Spitze 1.60, **1.30** Mk.

**Parchend-  
Beinkleider,**  
mit Stickerel 1.90,  
mit Spitze  
**1.45** Mk.



**Stickerei-Röcke,**  
3.85, 2.50, **1.75** Mk.

**Parchend-Röcke,**  
weiss, mit Languette  
3 Mk., mit Spitze  
**2.50** Mk.



**Bett-Bezüge,**  
1 Deckbett u. 2 Kissen,  
gestreift Dimiti **5.75** Mk.

**Dowlas-Laken,**  
ca. 160 x 225 cm. **2** Mk.

**Reinleinen. Laken**  
aus einer Breite ca. 160 x 220 cm.  
**3** Mk.

**Reinwollene  
Damenstrümpfe,**  
schwarz, engl. Länge,  
1.25 Mk., **75** Pf.



**Ball-Echarpes,**  
crème u. farbig  
5.-, 3.50, **2.25** Mk.

**Wollene  
Kopf-Fichus,**  
in verschiedenen  
Farben  
1.70, **1** Mk.



**Vigogne-Damenröcke,**  
gestrickt, farbig gestreift **1** Mk.

**Herren-Socken,**  
mellert Vigogne,  
60, **40** Pf.



Melierte  
**Lodenstoffe**  
Meter **95** Pf.

Karierte  
**Wollstoffe**  
Meter **1.40** Mk.

Bedruckter  
**Parchend**  
hell und dunkel gemustert,  
Meter **40** Pf.

Karierte baumwollene  
**Kleiderstoffe**  
Meter **40** Pf.

**Reinseid. Pongé,**  
ca. 58/60 cm breit,  
in ca. 50 verschiedenen Farben  
Meter **1.25** Mk.

**Reinseidener  
Tafet façonné**  
Meter 2.40, 210,  
**1.90** Mk.

Weisse  
**Schwedische u.  
Glacé-  
Handschuhe**  
Form Mousquetaire,  
**16, 20 u. 24**  
Knopflang.

**Glacé-  
Handschuhe**  
für Damen,  
farbig  
**95** Pf.

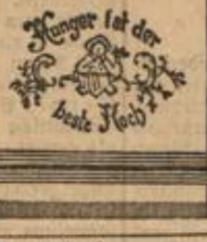


**„Derby“ Glacé-  
Handschuhe**  
für Herren, gesteppt, farbig,  
mit 2 Patent-Verschlüssen  
**1.90** Mk.

**Lange Ball-  
Handschuhe**  
Zwirn crème  
**60, 75** Pf.  
Reine Seide, crème  
**1.55** Mk.  
Schwedische weisse Lederhandschuhe  
**2.90, 3.45** Mk.



**Küchen-  
Hand-  
tücher**  
vorgezeichnet  
**55** Pf.  
**Besen-  
tücher**  
vorgezeichnet  
**1.70** Mk.



**Tischläufer** mit Hohl-  
saum, vorgezeichnet **1** Mk.

**Tablette-Decken** mit  
Hohlraum, vorgez. 28, **20** Pf.

**Bestecktaschen,** für  
12 Paare, vorgezeich. **1.50** Mk.

**Handschuh-Sachets,**  
fertig gestickt **1.75** Mk.

**Sofakissen** m. Volant,  
fertig gestickt **4.50** Mk.

**Korsetts.**  
Grau Drell, **2.25** Mk.

**Satin-Drell,** mit  
Fischbein **3.80** Mk.

**Schwarz Lasting**  
halbhoch **3.75** Mk.

**Korsettmechanik,**  
weiss Schirting **10** Pf.

**Rouleaux-Schnur,**  
Leinen, Stück = 40 Mtr. **75** Pf.

**Bettlitze,**  
Stück = 10 Mtr. 50, **30** Pf.

**Satinband,** blau, rosa,  
rot, Stück 25, 18, **14** Pf.

**Gurtband,**  
Stück = 10 Mtr. **70** Pf.

**Gummi-Strumpfband**  
reine Seide, Mtr. **45** Pf.

**Damen-Strumpfhalter**  
mit Gurt **50** Pf.

**Strumpfbänder** für  
Damen, mit Schleife, Paar **75** Pf.

**Wollene u. seidene Besätze,**  
  
schwarz, verschiedene  
Muster, Mtr. 55, 45, 30, **15** Pf.

**Schwarze Perl-Besätze**  
verschiedene Muster,  
Meter 35, 30, 23, **15** Pf.

**Schweissblätter**  
mit Gummi 28, 23,  
**20** Pf.



**Tourniquet-Zwirn,**  
best. Fabrikat, 3 Knäule **20** Pf.

**Weisse Glacé-  
schuhe**  
für Damen **3.50** Mk.



**Damen-Salon-Schuhe,**  
Kalblackleder  
3.25 Mk.,  
Gems-  
leder **2.50** Mk.



**Damen-Filzschuhe**  
2.25, 1.75, **1.35** Mk.

**Gummischuhe**  
f. Damen **1.90**, Herren **3.40** Mk.

**Kinder-Stiefel,**  
Lg. ca. 12-14 1/2 14 1/2-16 16 1/2-18 cm  
schwarz u. braun zum Knöpfen,  
**1.70 3.- 3.75** Mk.  
braun zum Schnüren,  
**1.70 2.80 3.75** Mk.



**Jackett-  
Anzüge,**  
ein- und zweireihig,  
schwarzer Cheviot  
36 Mk.,  
mellierter Stoff  
**24** Mk.



**Herren-  
Beinkleider,**  
grau gestreift  
Buckskin 6, **3** Mk.

**Herren-Hüte.**  
Filz, schwarz und  
farbig 4.75, 3.-,  
**2.40** Mk.  
**Weisse  
Batist-  
Schleifen**  
25, 15 Pf.



**Herren-  
Oberhemden**  
mit glattem leinenen  
Einsatz  
**4.50, 3.25** Mk.  
Knaben-Oberhemden  
**2.50** Mk.



**Herren-Kragens** 55, 40, **30** Pf.  
**Herren-Kravatten,**  
hell u. dunkel gemustert  
Schleifen **40** Pf.  
Regattes **40** Pf.



**Knaben-  
Anzüge,**  
dunkelblau mit  
Satin-Ueberkrag.  
für ca. 2-8 Jahre,  
8.-, 7.50, 7.-,  
6.50, 6.-,  
**5.50** Mk.

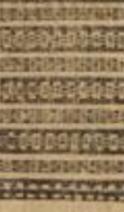


**Portièren**  
m. Bordüre, in versch.  
Farben, Stück 5.-,  
4.50, **3.50** Mk.



**Sealskin-  
Reisedecken**  
10.-, 8.75, **6** Mk.

**Schlaf-  
decken**  
in versch. Must.  
2.-, 1.75,  
**1.35** Mk.  
**Fusskissen**  
**2** Mk.



**Gobelin-Deckchen** **40** Pf.  
**Chines. Ziegenfelle** grau **5** Mk.  
u. weiss, ca. 80/180 cm.

Die neue Preisliste über Leinen- und Baumwollwaren, Tischzeuge und Wäsche wird kostenfrei versandt.

Die Rentabilität der Industrie

Wird annähernd veranschaulicht durch die Dividenden der Aktien-Gesellschaften. Wir sagen annähernd, denn in den Dividenden kommt nicht der volle Reingewinn zum Ausdruck, da von demselben die meist sehr hohen Zantien der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, sowie die Ueberweisungen an Reserve- und sonstige Fonds vorweg genommen werden. Manche gut rentirende Gesellschaften machen auch unvorbereitet hohe Abschreibungen, um die wirkliche Höhe des Gewinnes vor der Öffentlichkeit zu verdecken. Der tatsächlich erzielte Reingewinn ist demnach oft beträchtlich höher, als es nach den gezahlten Dividenden den Anschein hat. Ein ungefähres Bild von den Profiten, die die industriellen Unternehmungen abwerfen, wird man sich nach der Lektüre folgender Zusammenstellungen machen können. Dieselben erstrecken sich auf Industrie-Gesellschaften, deren Papiere an der Berliner Börse gehandelt werden. Die Angaben beziehen sich auf das Jahr 1897, da für 1898 noch kein vollständiges Verzeichniß vorliegt. Von insgesamt 492 Gesellschaften zahlten Dividende:

Table with 2 columns: Dividend percentage ranges (e.g., 105 (21 pCt. der Gesamtzahl) unter 5 pCt., 181 (39) 5-9 1/4 pCt., 151 (31) 10-15 pCt., 45 (9) über 15 pCt.) and corresponding number of companies.

Von 7 Gesellschaften für Gas- und Wasseranlagen zahlten unter 5 pCt.: 1, 5-9 1/4 pCt.: 8, 10-15 pCt.: 8. Von 8 Gummi-Fabriken zahlten unter 5 pCt.: 1, 5-9 1/4 pCt.: 5, 10-15 pCt.: 1, über 15 pCt.: 1. (Letztere hatte 29 pCt.) Von 55 Maschinen- und Eisenbahnbedarf-Fabriken zahlten unter 5 pCt.: 11, 5-9 1/4 pCt.: 18, 10-15 pCt.: 16, über 15 pCt.: 10. (Darin sind 1 mit 20 pCt., 1 mit 22 1/2 pCt., 1 mit 24 pCt., 1 mit 25 pCt., 1 mit 85 pCt.) Von 10 Papierfabriken zahlten unter 5 pCt.: 2, 5-9 1/4 pCt.: 8, 10-15 pCt.: 4, über 15 pCt.: 1. (Diese brachte 24 pCt.) Von 30 Spinnereien, Webereien und Tuchfabriken zahlten unter 5 pCt.: 14, 5-9 1/4 pCt.: 15, 10-15 pCt.: 7. Von 43 Transport-Gesellschaften zahlten unter 5 pCt.: 8, 5-9 1/4 pCt.: 24, 10-15 pCt.: 9, über 15 pCt.: 2. (Darin ist 1 mit: 20 pCt.) Von 7 Zuckerraffinerien zahlten unter 5 pCt.: 4, 5-9 1/4 pCt.: 1, 10-15 pCt.: 2. Von 94 Gesellschaften verschiedener Branchen zahlten unter 5 pCt.: 17, 5-9 1/4 pCt.: 37, 10-15 pCt.: 31, über 15 pCt.: 9. (Darin sind 2 mit 20 pCt., je eine mit 22, 22 1/2, 25, 50, 80 pCt.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Dienstag, 7. Februar. Opernhaus, Geflossen. Schauspielhaus, Julius Cäsar. Deutsches, Cyrano von Bergerac. Kessing, Die guten Freundinnen. Berliner, Jaja. Metropol, Die kleinen Mädchen. Schiller, Die Leibrente. Weiten, Jar und Zimmermann. Central, Die Gumpel. Thalia, Schiddebold's Engel. Urania, Taubenstr. 48-49. Apollo, Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen, Stettiner Sänger. Feen-Palast, Theater. Schiller-Theater. Abend-Carl Weiß-Theater. Der Brandstifter. Central-Theater. Luiseu-Theater.

Thalia-Theater. Dresdenstr. 72/73. Gastspiel Emil Thomas Schiddebold's Engel. Metropol-Theater. Behrenstr. 55/57. Die kleinen Mädchen. Die Engländer.

Olympia Spezialitäten-Theater. Karlsruh. (Circus Ronz) Karlsruh. Volkshümliche Preise. Strohschneider und das kolossale Größungs-Programm. Mene Tekel. Dritter großer Masfenball.

Circus Renz-Riesen-Tunnel. Direction: J. M. Hütt. Täglich: Grosses Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung mit reich wechselndem Programm.

Feen-Palast-Theater. Burgstr. 22. Das neue groharlige Februar-Programm. Konfektionswesen. Durchweg neue Spezialitäten. Lebende Photographien, das Interessanteste der Zeitgeit.

Mähr's Theater. Oranienstr. 24. Täglich Vorstellung. Gediegene Gesellschaft. Schwank von Leopold Eip. Und das gesammte Personal. Sonntag 6 Uhr. Bond haben Wochentags Giltigkeit.

Circus Busch. Dienstag, den 7. Februar: Elite-Abend. PERSIEN. Besonders hervorzuheben: Ritt über die hundert Fuss hohe Burgmauer. Debut der vortrefflichen Reiterin Riego. Wäherdem: Contre-dance in Pferde, geritten von 4 Damen und 4 Herren auf 8 Schulpferden. Direktor Busch mit seinen neuen Freiheits-dreschen. Aufzügen des berühmten Schreiters Burgard-Footitt. Ferner: Kometen-Konfurrenzreiten. (Wer dreimal stehend die Wände umreist, erhält eine Prämie von 50 Mark.) Aufzügen des Gigerl-Glows Daniels als Schnellmaler. - Morgen Mittwoch, Abends 7 1/2 Uhr: Persien.

Urania. Taubenstrasse 48/49. Im Theater: Das Land der Fjorde. Im Hörsaal: Dr. Nass: Schwefel u. Phosphor. Invalldenstr. 57/62: Tägl. Sternwarte.

Passage-Panopticum. Öffnen v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends. Nur noch kurze Zeit: 40 Krieger des Mahdi. Im Theaterlokal von 8 Uhr ab: Théâtre variéte.

Castan's Panopticum. Ital. Sänger u. Tänzer-Gesellsch. „Santa Lucia“. Die berühmten „lebenden Bilder“. Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Concerthaus. Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett-Humoristen. Guten Morgen Herr Fischer. Dienstag, den 14. Februar: Fastnachts-Soirée und Ball vom Tyll Eulenspiegel.

Reichshallen. Stettiner Sänger. (Wesfel, Pietro, Britton, Siechl, Arone, Köhl, Schneider und Schrader.) Neu! Frauen-Emanzipation. Burleske von Wesfel. Anfang 8 Uhr. Entrée 50 Pf. Saal durchweg Vorverkauf 40 Pf. Nummer 75 Pf. bis 2 Mark. Tageskasse von 11-1 Uhr. Jeden Freitag: Neues Programm.

Apollo-Theater. Direction E. Waldmann. Vierter Abend: Madame Yvette Guilbert. Ferner: The black Troubadours Mr. Segommer Geschw. Alexia. Anfang 7 1/2 Uhr. Vorverkauf an der Theaterkassa von 10-1 Uhr u. beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 69.

Alcazar-Theater. Dresdenstr. 52/53. City-Passage. Direction: Richard Winkler. Dienstag, den 7. Februar: Benefiz für Robert Dill. Markthalle VII. Carl Jörgensen. Ich werde den Major einladen.

Quarg's Spezialitäten-Theater. Im Grand Hotel Alexandorplatz. Täglich: Hervorragende Kunstkräfte! Horley-Trio, Louis Höhn, Willy Walde, Clemence, Frieda Schwarz. Neue Bilderreihe des Micrograph etc. Anfang 8 Uhr. - Sonntags 7 Uhr.

Moabiter Gesellschaftshaus. Alt-Moabit 80-81. Jeden Sonntag: Ball. Anfang 4 Uhr. Jeden Mittwoch: Hippel's Stettiner Gesellschaft. Pass-partouts haben Giltigkeit. C. Peters.

W. Noack's Theater. Brunnenstr. 16. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: Große Extra-Theater-Vorstellung. Unsere Jungen. Da kennen Sie Schliemann schlecht. Lebensbild mit Gesang in 4 Akten von H. Firsche. Nach der Vorstellung: Lanzkränzchen.

Wedding-Park. Müller-Strasse 178. Jeden Dienstag: Norddeutsche Sänger. Blegler, Wolf, Hohenberg etc. Entrée 20 Pf., Vorzugsbilletts 15 Pf.

Jmbs' Festsäle. (Ostbahn-Park) 71 Rildersdorfer Straße 71, am Rildriner Platz. Jeden Dienstag: Norddeutsche Sänger. Herren Göms, Cahndley, Zimmermann, Stangenberg, Grubow und Raako. Radher: [455b] Frei-Lanzkränzchen. Kranzschneider ein sehr neues Geschäftsbred zu best. Nummernbuch, Prinz Albersstr. 6a, bei Jorgbert.

D. Wurzel & Co., Wrongelstr. 17. Gde. Wrongelstrasse. Wäsche ausschließlich eigenes Fabrikat. Spezialität: Arbeiter-Verunflechtung: Blau-Copier-Jacken Nr. 1, 65, feingeb. die Größe um 10 Pf. Blau-Copier-Hosen, in allen Größen, Nr. 1, 65. Arbeiterhemden, Blousen, Maler-tittel und Monteurhemden. D. Wurzel & Co., 8142\* Wrongelstr. 17.

Neue freie Volksbühne. Sonntag, den 12. Februar, Nachmittags 2 1/2 Uhr, im Ostend-Karl Weich-Theater: Drei. Unter vier Augen. Drama in 3 Akten v. M. Dreyer. Lustspiel in 1 Akt von S. Guld. Regie: Cord Haschmann. Um Störungen zu vermeiden, werden die Mitglieder ersucht, recht pünktlich zu sein. - Einige Renaufnahmen werden noch durch die Zahlsteller vorgenommen. Avis: Sonntag, den 26. Februar, Nachmittags: Extra-Vorstellung im Schiller-Theater: „Die Bürgermeisterwahl“. Pündliche Komödie in 3 Akten von R. Burckhard. Karten a 75 Pf. inkl. Garderobe sind bereits am Sonntag im Theater zu haben. Ad. Löhr, Kassier, Alsterstraße 40.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Kaffee, Kary. in Cigarrenspigen, Pfeifen, Nadeln, Broschen, Andenken, Bildern u. dgl., sowie jede Drechselwaare u. Repar. (Man verl. Preisverantw.) Großer Frauen-Vortrag im „Neuen Naturheilverein“, Charlottenburg-Berlin (Vorlesende M. Kube) im Rest-„Bismarckstraße“, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 32. Mittwoch, den 8. Febr. 1899, Abends 8 1/2 Uhr, spricht Fräulein M. Kube, Naturheilkundige über: „Weniger Menschen, aber glücklichere!“ Künstliche Beschränkung eines allzureichen Kindersegens bei kranken, geschwächten und armen Frauen. Nur für verheirathete Frauen. Um zahlreichen Besuch bitten. 265/11 Entrée 20 Pf. Der Vorstand.

Wer - keinen - Stoff - hat zum Anzug, Paletot oder Hobe, kauft bei mir billiger wie beim Tuchfabrikanten, da ich große Vorkant-Barren per Stoffe sportlich einlaufe. Stoff zum Herren-Anzug 9 M., reine Wolle neueste Muster, H. Tuch, Kammergarnstoffe, nie glänzend werdend, in schwarz, G o j e n - K e p e, schönste Muster zu 4-5-6 M. (7682\*) Refle - zu - Knaben-Anzügen. Gleichzeitig Schneider! Anzug zu fertigen 20 M. Feinste Jahrgaben, zwei Anproben, nur unter Garantie für guten Sitz. Ludwig Enge, Herren-Boleidung, Münzstr. 26 pari. F.A. III. 1815.

In Wahrheit eine Revo- und Evo- lution bringt Palmin im Haushalt. Palmin ist Blüthenweibchen, denbar reinste Pflanzenheit, das, von Fettläure befreit, nicht zanzig werden kann und das Naturaroma aller Speisen, wie bisher nicht gefasst, zur Geltung kommen läßt. Tausende von kleinen Familien haben die Anregung zu ersten kleinen Versuchen nicht zu bereuen gehabt. Das Pfund 65 Pf. Ueberall zu haben! Generalvertreter Elfreich & Menzel, Poststr. 31a. Tel. Amt II. 2160.

Mit dem Ausstoss unseres rühmlichst bekannten Kloster-Bockbieres haben wir begonnen und empfehlen dasselbe in hochfeiner Qualität zum Preise von 781L\* 24 Mark pro Hektoliter. Bestellungen erbittet Action-Brauerei-Gesellschaft Moabit, Strom-Strasse 11/16. Fernsprecher: Amt II No. 197.

Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 181. Soulaute H. & M. Lewent. Beamten Zahl. Geb. ohne Anzahl. Hütet Euch vor gewissenlosen Kaufleuten, die Euch sagen: „Dies ist so gut wie“ oder „Dies ist dasselbe wie Karol Weill's Seifenextrakt“. Es ist falsch! Karol Weill's Seifenextrakt, das beste Waschmittel der Welt, ist nur echt, wenn in grauen Packeten gepackt mit Schutzmarke „Waschfaus“, und darf nicht verwechselt werden mit geringwerthigen Seifenpulvern, welche die Wäsche ruiniren.

Voranzeige! Hut-Lager A. Rosenblum. 3,15. Spezialität engl. u. deutsche Fabrikate. Centrale Hamburg: Große Burstah 44. (Eröffnung Anfang März) Friedrich-Strasse 91/92. Wasken-Garderobe. Beste Ausw. Billigste Preise. Berein. Preisermäßigung. Fr. Panknin, Oranienstraße Nr. 178 II. Albalberstraße 9L Gde Oranienstraße.

### V. Kreis.

Dienstag, den 7. Febr., Abends 8 Uhr, im Saale des Handwerkervereins, Sophienstr. 15:

# Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Richard Fischer** über: Die politische Lage.
  2. Diskussion.
- Zahlreiches Erscheinen erwarten Die Vertrauenspersonen.

## SÜD-OST.

Dienstag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Brüder, Waldemarstraße 75:

# Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Rechtsanwalt **Steinschneider** über: "Der Werth der Konsum-Genossenschaften und die Stellung der Arbeiterschaft zu denselben."
  2. Diskussion.
  3. Verschiedenes.
- Der Einberafer.

## Maurer Berlins u. Umgegend!

Mittwoch, den 8. Februar, Abends 8 Uhr:

# Gr. öffentliche Versammlung in den Borussia-Sälen, Ackerstraße 6-7.

Tages-Ordnung:

1. Sozialpolitischer Vortrag.
  2. Diskussion.
  3. Die Taktik für unsere diesjährige Lohnbewegung und die Gestaltung des Sammelvertrags.
- Die Kollegen werden dringend ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

## Achtung! Maurer. Achtung!

Mittwoch, 8. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Konisestädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37:

### Mitglieder-Versammlung

Zentral-Verbandes deutscher Maurer, Filiale Berlin II. Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht und Abrechnung des Vorstandes. 2. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 3. Bericht über die Mitgliederbuch legitimiert. 4. Gutes Bescheid erwartet. Die Ortsverwaltung. J. K.: Wih. Fritsch.

## Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Ortsverwaltung Berlin.)

Am Mittwoch, den 8. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokale Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

### Bestimmung des Resultates der Delegiertenwahl.

Die Mitglieder des Wahlkomitees werden gebeten, pünktlich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

## Metallarbeiter!

Dienstag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstraße Nr. 23:

### Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht der Lohnkommission. 2. Abrechnung der Agitations- und Unterstützungsfonds pro August-Dezember 1899. 3. Neuwahl der Lohnkommission. 4. Stellungnahme zur Lohnbewegung in diesem Jahre. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.

## Achtung! Zimmerer. Achtung!

Mittwoch, den 8. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokale der Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

### Oeffentliche Versammlung der Zimmerer Berlins und Umgegend (Vertrauensmänner-Zentralisation).

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht der Lohnkommission. 2. Abrechnung der Agitations- und Unterstützungsfonds pro August-Dezember 1899. 3. Neuwahl der Lohnkommission. 4. Stellungnahme zur Lohnbewegung in diesem Jahre. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Die Lohnkommission.

## Zentralverband der Zimmerer

(Zentrale Berlin.)

Am Mittwoch, den 8. Februar 1899, Abends 8 Uhr, in Keller's Festsaal, Koppenstr. 29:

### Versammlung für Osten, Nordosten und Friedrichsberg, und

Donnerstag, den 9. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Hewes, Stromstr. 28:

### Versammlung für Moabit u. Wedding.

Tages-Ordnung in beiden Versammlungen: 1. Wie ist es möglich, in unserem Bezirk für Berlin und den Vororten feste Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, mit besonderer Berücksichtigung der drückenden Verhältnisse. Referent: H. Kube. 2. Diskussion. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kameraden. Der Vorstand.

## Tischler-Verein.

Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 4. Februar, verstarb unser Mitglied

### Herr Hübner

im Alter von 30 Jahren. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. Februar, Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Simon-Kirchhofs aus statt. Um rege Beteiligung der Mitglieder ersucht. Der Vorstand.

## Verband der Bau-, Erd- und gewerbl. Hilfsarb. Deutschl.

Zahlstelle Berlin L.

### Todes-Anzeige!

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Sonntag, den 5. d. M., der Kollege **Reinhold Wende** verstorben ist. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 7. d. M., Nachmittags pünktlich 4 Uhr, von der Leichenhalle des Simon-Kirchhofs in Brix aus statt. Um rege Beteiligung der Mitglieder ersucht. Die Ortsverwaltung.

Am 5. Februar, Morgens 9 1/2 Uhr, starb nach langen, schweren Leiden unsere unvergessliche einzige Tochter

### Hedwig

im 21. Lebensjahre. Alle, die sie kannten, werden unseren Schmerz zu würdigen wissen. F. Wedeking nebst Frau und Sohn. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. Februar, Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Simon-Kirchhofs aus statt.

Hiermit sagen wir allen Verwandten sowie Bekannten für die rege Theilnahme an der Beerdigung unseres unvergesslichen Bruders, insbesondere den Mitgliedern des Wahlvereins im 4. Berliner Wahlkreise Süd-Ost, den Kollegen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, sowie den Herren Weiler und Kollegen der Firma G. F. Schulze & Co. unseren tiefgefühltesten Dank. **Gebrüder Anlow.**

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von **5703**

## Robert Meyer,

No. 2. Mariannenstr. No. 2. Wohnungs-Anzeige, Einzimmer, Balken, fränkischer, Bouquet etc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Verloren wurde von der Schloßstraße bis Panowigstraße ein Paket mit Schriftstücken, m. d. Aufschrift: **Widder Herder.** Der Finder wird gebeten, dasselbe an Herder, Schloßstr. 21, abzugeben.

## Charlottenburg.

Donnerstag, den 9. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Sismarckhöhe“, Wilmersdorferstraße 39:

# Volksversammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Der jetzige Kurs und die Sozialdemokratie. Referent: **Dr. Rosa Luxemburg.** 2. Diskussion. Die Vertrauenspersonen.

## Rixdorf.

Donnerstag, den 9. Februar 1899, Abends 8 Uhr:

# Volks-Versammlung

im Apollo-Theater (Victoria-Säle), Hermannstr. 48.

Tages-Ordnung: 1. Der Zustand der Bauarbeiter im „Berliner Lokal-Anzeiger“ (Herr Scherl und das Koalitionsrecht). Referent Genosse **Hassini.** 2. Diskussion. 3. Der Weiberkampf in Rixdorf. Referent Genosse **Hübisch.** 4. Diskussion. 5. Verschiedenes. Zur Leitung der Unkosten 10 Pf. Entree. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vertrauensmann der Gewerkschaften **Rixdorf.**

Nach beendeter Inventur!

## Gardinen-Fabrik

Lager von 7400

### Bruno Güther, Grüner Weg 30.

Patente, kein Laden. Einziges seit 29 Jahren bestehendes Spezialgeschäft offeriert neue Muster in gestickt. Tüll-, Mull mit Tüll und engl. Tüllgardinen etc. in garantiert dauerhafter Waare. Ebenso Reste Fenster- und spottbillig. Neuheiten treffen täglich ein! Proben nach ausserhalb portofrei. Günstige Omnibus- u. Pferdebahn-Verbindung. Sonntags geöffnet von 9-10 und 12-2 Uhr.

## PATENTE

erwinkt und verewirbt **F. W. Chrometzka** Patent-Bureau Berlin N. 4, Chausseestr. 20.

Wer leidet einer Frau 50 Mark? Täglich 10 Mark. Dringend! B. S. 30 Potham Schöneberg.

## Deutscher Porter

Bestert u. Malzstrahler L. Rang. Brauerei Burgallee, gegr. 1736.

besond. für Militär, arme, Berufskräfte, Biers, Köche, Retorten, d. leicht bestimmbar, nahrhaft, kräftigste Bier. — 30 Liter, best. deft. Gewicht u. Gewichtsmaßnahme. über 14 Pf. drei, 50 zehn Pf. erst. In Geb. 1/2, 1/4, 1/8. Am Selbstbad, wesentlich billiger. Allein-Vertrieb für Berlin u. Prov. **Porterfabrik Klingler, Berlin, Brunnenstr. 152.** Ferner gr. Lager von engl. Porter und Pale-Ale. Nicht Nischenwahl, Qual. entscheidet!

## Sophastoffe

aus **Reste** in Nipp, Damast, Kröze, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! (5122)

Proben franko! Käufertische in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. Berlin S., **Emil Lefèvre, Cranitzerstr. Nr. 158.**

## Achtung! Genossinnen und Genossen!

Donnerstag, 9. Februar, Abends 8 Uhr, im Saal der Brend'schen Brauerei (Moabit), Turmstr. 26-27:

# Volksversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Kaden** über: Die neue Militärvorlage und das Friedensmanifest des Jaren. 2. Diskussion. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Der Vertrauensmann.

## Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Versammlungen

am Dienstag, den 7. Februar 1899, Abends 8 1/2 Uhr, für den Wedding: im „Gesellschaftshaus“, Schulstr. 29; für die Rosenthaler Vorstadt: in den „Borussia-Sälen“, Ackerstraße Nr. 7.

Tages-Ordnung: für den Wedding: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Rosenow**: Die deutsche Bauernbewegung von 1825 und ihre Ursache. — Diskussion. für die Rosenthaler Vorstadt: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Thiel-Dalle** über: Politische Macht und politische Rechte. — Diskussion. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. 246/5 Gänge haben Zutritt. Der Vorstand.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 8. Februar, Abends 8 Uhr:

# Vertrauensmänner-Versammlungen.

Moabit: im Lokale des Herrn **Joksch**, Turmstraße 84.

Tages-Ordnung: Bericht über die Vertrauensmänner-Versammlungen. 77/3 In dieser Versammlung müssen sämtliche Werkstätten vertreten sein.

## Wedding und Gesundbrunnen:

im Lokale des Herrn **Raabe** (Kolberger Salon), Kolbergerstr. 23.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Werkstatt- und Verbandsangelegenheiten. Die Kollegen der Werkstatt von **Springborn**, Nietenwalderstraße, sind hierzu besonders eingeladen.

## Schönhäuser und Rosenthaler Vorstadt bei Wernau, Schwedterstr. 23.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Verbands- und Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Hierzu sind besonders die Werkstatt von **Ullig**, Rosaniens-Allee 44, und die Werkstatt von **Krug**, Prenglausterstr. 53, besonders die Kollegen **Wolff** und **Bausch** eingeladen.

## Osten und Nordosten: bei Mann, Straußbergerstr. 3.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Obmänner. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Jede Werkstatt des Bezirks muß vertreten sein. Die Zahlstelle Langestr. 46 wird am 11. Februar nach Fruchtstraße 20 bei Zimmerling verlegt.

## Südosten: bei Rautenberg, Cranienstr. 180.

Tages-Ordnung: 1. Besprechung über Werkstattangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

## Parquetbodenleger.

Mittwoch, 8. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei **Zubell**, Lindenstr. 106:

### Sitzung der Werkstatt-Kontrollkommission mit Vertrauensleuten.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

## Musikinstrumenten-Arbeiter

im Lokale des Herrn **Zubell**, Lindenstr. 106.

Tages-Ordnung: 1. Unsere gegenwärtige Lage und wie verbessern wir dieselbe. 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. Kollegen, es ist eure Pflicht, daß jede Werkstatt vertreten ist.

## Modell- und Fabrik-Tischler

bei Herrn **Dieke**, Ackerstr. 123.

## Drechsler.

N.: Ackerstr. 145 b. Hopps. SO. u. SW.: Cranienstr. 184 b. Kolner.

Tages-Ordnung: Vortrag des Kollegen **Wahls** über: Pflichten und Aufgaben der Vertrauensmänner im neuen Jahre. Besonders eingeladen sind hierzu die Kollegen von **Gehler**, Montanstraße 82; **Schäfer**, Grünauerstraße 5; **Wolff**, Wrangeistraße 7; **Vogel**, Brüderstr. 7.

## O. und NO.: Koppenstraße 41 bei Mühl.

Tages-Ordnung: Verbands- und Werkstattangelegenheiten. Es ist Pflicht, daß jede Werkstatt vertreten ist.

## Branchen-Versammlung der Stellmacher

am Donnerstag, den 9. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei **Schiller**, Rosenthalerstr. 37.

## Achtung! Küchenmöbel-Tischler.

Donnerstag, den 9. Februar, bei **Mann**, Straußbergerstraße 3:

### Versammlung der Küchenmöbel-Tischler Berlins u. Umg.

Tages-Ordnung: Der Streit bei der Firma **Carl Lutz** in Adlershof.

## Achtung! Defateure. Achtung!

Mittwoch, Abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

### Große öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Karl Hübsch.** 2. Diskussion. 3. Streit der Defatur-Arbeiter bei der Firma **Behmak.** 4. Verschiedenes. Der Vertrauensmann.

## Möbel und Polsterwaren.

Großes Lager billige Arbeit, außerst billige Preise, empfehle **A. Schulz,** Reichenbergerstr. 5. Auch Theilzahlung! (\* 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen! M. Plomben 1.50 M. Theilzahl. wochentl. 1 M. Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7

Das beliebteste Getränk! **M. & W. Müller's**

**Nordlicht & Original-Literflasche** 1,00 Mark. **Nordlicht-Magenwein** besteht aus Nordlicht mit süßem Ungarwein 744L. künstlich in allen besseren Colonial- und Destillations-Geschäften } & Originalflasche 1,25 Mark. **Kornbranntweimbrennerei Berlin, Waldemar-Strasse 29.**